

17/1 Berlin Wahlen
CDU Werbung

Beilage zur BERLINER RUNDSCHAU Nr. 1/Januar 1971

CDU

PROGRAMM

BERLIN 1970-80

PRÄAMBEL

Die CDU will ein Berlin, in dem die Berliner politisch und wirtschaftlich in Sicherheit leben.

Dieses Berlin ist eine Weltstadt und muß es bleiben.

■ Dazu gehören:

Individualität und Liberalität für jeden, nicht jedoch grenzenloser Spielraum für Extremisten.

■ Dazu gehören:

moderne Schulen, arbeitsfähige Universitäten.

■ Dazu gehört:

ein weltoffenes Kulturleben, das dieser Stadt angemessen ist, nicht erstarrt, aber auch nicht in Experimenten erstickt.

■ Dazu gehört:

eine wachsende Wirtschaft mit gesicherten Arbeitsplätzen.

■ Dazu gehört:

vor allem eine Verwaltung, die nicht vom Parteibuch abhängt.

■ Dazu gehören:

Vertrauen und Fairneß gegenüber den westlichen Schutz-mächten, denen Berlin seit der Blockade seine Existenz verdankt und die Freunde der Berliner sind.

Berlin braucht, um wieder zu werden, was es war, einen Senat, der entschlossen ist, die politischen Interessen dieser Stadt und ihrer Bürger geradlinig zu vertreten — in Berlin und in Bonn.

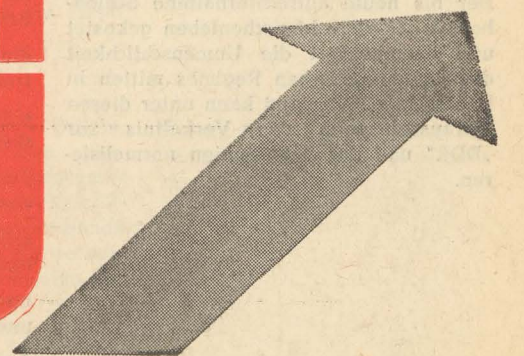
I. Berlin — Deutschlands Hauptstadt	1— 12
II. Berlinplan 1980	13— 20
III. Innerstädtischer Verkehr und Erholungsgebiete	21— 24
IV. Kunststadt Berlin	25— 29
V. Kongressstadt Berlin	30
VI. Berlin — Zentrum von Forschung und Entwicklung	31
VII. Bildungspolitik	32— 62
VIII. Gesundheitspolitik	63— 77
IX. Sport	78— 81
X. Jugend	82— 86
XI. Familie	87— 91
XII. Der ältere Mensch	92
XIII. Soziale Hilfen	93— 95
XIV. Bau- und Wohnpolitik	96— 99
XV. Innere Sicherheit	100—104
XVI. Gesunde Wirtschaft	105—116
XVII. Verwaltungsreform	117—121
XVIII. Justizreform	122—128

Erläuterung des Programms:

Das Programm ist dreispaltig gedruckt. Die linke Spalte dient der Erörterung unserer Vorstellungen. Die mittlere Spalte enthält unsere Forderungen. Die rechte Spalte verdeutlicht die wichtigsten Initiativen der CDU Berlin im Abgeordnetenhaus. (Abkürzungen: GA = Große Anfrage, KA = Kleine Anfrage, MA = Mündliche Anfrage.)

Berlin

CDU



I. Berlin — Deutschlands Hauptstadt

1 Ziel deutscher Politik

25 Jahre nach dem Kriege ist Deutschland noch immer widernatürlich geteilt. Einem Teil des Landes werden die elementarsten Menschenrechte versagt. Dies alles bestimmt die Ziele der deutschen Politik.

2 Keine völkerrechtliche Anerkennung

3 Status Berlin

'Ausgehend von der Einheit Deutschlands wurde Berlin 1945 unter Vier-Mächte-Verwaltung gestellt. Durch die Ausbreitung des Ost-West-Konfliktes wurde Berlin zu einer Insel inmitten kommunistischer Umgebung. Ohne Bindungen zur Bundesrepublik Deutschland verliert die Stadt ihre Existenzgrundlage.

4 Bundespräsenz

5 Recht auf Anwesenheit und Zugang

6 Berlin-Regelung

In den vergangenen 25 Jahren hat es ständig Krisen um Berlin gegeben. Höhepunkte waren die Blockade 1948, das Chruschtschow-Ultimatum 1958 und der Bau der Mauer 1961. Wer die Beziehungen zu Ost und West erträglich gestalten will, muß bereit sein, einer vernünftigen und dauerhaften Berlin-Regelung zuzustimmen. Bisher hat sich die Sowjetunion ständig geweigert, einer solchen Regelung zuzustimmen. Sie betreibt nach wie vor eine Politik der Konfrontation, die getragen ist von einem Willen zur Okkupation.

7 Statusregelung

8 Politische Vertretung

9 Zugangswege

Unsere Zeit lebt von der Bewegung. Die Mobilität des Wohnsitzes, Arbeitsplatzes und Urlaubsortes ist Selbstverständlichkeit geworden. Die Funktionsfähigkeit einer modernen Gesellschaft hängt von einem kalkulierbaren Verkehr ab. Der Berlin-Verkehr ist seit 25 Jahren dem Risiko willkürlicher Schikanen und Behinderungen ausgesetzt. Dadurch wird die Lebensfähigkeit Berlins empfindlich beeinträchtigt und der Wohn- und Freizeitwert Berlins reduziert. Deshalb sind Verbesserungen auf den Zugangswegen unerlässlich.

10 Innerstädtischer Verkehr und Verkehr mit der „DDR“

Besonders widernatürlich und schmerzhaft ist die Trennung West-Berlins vom Ostteil der Stadt und vom natürlichen Hinterland. Insbesondere hat der Bau der Mauer Familien auseinandergerissen, persönliche und fachliche Kontakte, die in unserer Welt eine Selbstverständlichkeit sind, zerstört und einen offenen Dialog der Meinungen unmöglich gemacht. Der bis heute aufrechterhaltene Schießbefehl hat viele Menschenleben gekostet und demonstriert die Unmenschlichkeit des kommunistischen Regimes mitten in Deutschland. Niemand kann unter diesen Voraussetzungen das Verhältnis zur „DDR“ und der Sowjetunion normalisieren.

Freiheit und Einheit für das ganze Volk in freier Selbstbestimmung zu erringen ist Aufgabe der deutschen Politik.

Die Einheit Deutschlands erfordert die friedliche Überwindung der Teilung Europas durch die Errichtung einer europäischen Friedensordnung auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker.

Eine völkerrechtliche Anerkennung der „DDR“ erhärtet die deutsche und europäische Teilung und ist deshalb kein Element einer dauerhaften und gerechten Friedensordnung. Eine völkerrechtliche Anerkennung gefährdet darüber hinaus die Existenz des freien Berlins.

Berlin steht als Hauptstadt Deutschlands unter besonderer Verwaltung der vier Mächte. Nach deutschem Willen ist das freie Berlin ein Land der Bundesrepublik Deutschland und lebt in gewachsenen politischen, rechtlichen, wirtschaftlichen, finanziellen und kulturellen Verflechtungen zum Bund.

Solange es nicht möglich ist, die Berliner Bundestagsabgeordneten mit vollem Stimmrecht auszustatten, sollten sie zumindest vom Volk direkt gewählt werden.

Die Gesamtheit der Bundespräsenz ist selbstverständlicher Ausdruck dieser Verflechtungen. Die CDU Berlin wird sich jedem Versuch, die vom Willen der Berliner getragene Verbindung zum Bund zu beeinträchtigen, widersetzen.

Das originäre Recht der westlichen Alliierten auf Anwesenheit gewährleistet die Freiheit und die wirtschaftliche Leistungskraft der Stadt. Das Recht auf Anwesenheit beinhaltet das Recht auf Zugang. Das Recht auf Zugang umfaßt den ungehinderten Personen- und Warenverkehr zu Wasser, zu Lande und in der Luft für jedermann.

Die CDU Berlin will Verhandlungen und Vereinbarungen, die geeignet sind, tatsächlich und langfristig ohne Aufgabe der Rechtsgrundlagen die Situation Berlins zu verbessern. Eine Regelung mit dem Ziel der Entspannung darf den Status Berlins nicht verschlechtern. Sie muß freie Verkehrsverbindungen von und nach Berlin (Zugangswege), den innerstädtischen Verkehr und die Freizügigkeit zwischen Berlin und der „DDR“ sichern.

Die CDU Berlin verlangt im Interesse der Dauerhaftigkeit und der Rechtssicherheit eine vertragliche Regelung.

Auch die kommunistischen Länder müssen als Realität anerkennen, daß das freie Berlin nicht auf dem Territorium der „DDR“ liegt. Das freie Berlin ist keine selbständige politische Einheit, und seine Bewohner haben keine gesonderte Staatsangehörigkeit.

Das freie Berlin wird im Rahmen der alliierten Verantwortung außenpolitisch und in internationalen Organisationen vom Bund vertreten. Der Bund schließt Handels-, Kultur- und sonstige Abkommen auch mit Wirkung für Berlin ab. Die Botschaften, Handels- und Kulturmissionen der Bundesrepublik nehmen auch die Interessen Berlins wahr.

Es kann keine befriedigende Berlin-Regelung geben, ohne daß der Verkehr auf allen Zugangswegen frei ist von verkehrsfremden Behinderungen. Unvermeidliche Maßnahmen zur Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung müssen konkret und präzise vereinbart werden. Personenkontrollen dürfen nicht über Identitätsfeststellungen hinausgehen. Der Warenverkehr muß von jeglichen Behinderungen frei werden, soweit sie über verkehrs- und gesundheitspolizeiliche Notwendigkeiten hinausgehen. Die Sicherheit und Funktionsfähigkeit der Zugangswege liegt weiterhin in der Verantwortung der vier Großmächte.

Als Maßnahme für den innerstädtischen Verkehr und den Verkehr mit der „DDR“ verlangt die CDU Berlin:

Freie Besuchsmöglichkeiten für alle Berliner müssen durch langfristige Vereinbarungen, die Bürokratismus und jegliche Diskriminierung beseitigen, garantiert werden. Die Gleichstellung der West-Berliner hinsichtlich von Besuchen in Ost-Berlin und in der „DDR“ mit den Westdeutschen ist eine Voraussetzung für den Abbau der Behinderungen des Besuchsverkehrs;

die unverzügliche Wiederherstellung des freien Telefonverkehrs in ganz Berlin; eine Familienzusammenführung entsprechend den Wünschen der Betroffenen;

Zusammenarbeit bei der Herstellung und dem Ausbau neuer Verkehrswege;

zeitgemäße Formen wissenschaftlicher und technologischer Zusammenarbeit; ungehinderten sportlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Austausch;

Austausch von Zeitungen und sonstigen Druckerzeugnissen.

MA über Äußerung von Schütz zur Wiedervereinigung, 25. 6. 70

GA über Anerkennung von Realitäten als Richtlinie der Senatspolitik, 25. 9. 69

Entschließung zur Gewährleistung einer befriedigenden Berlin-Regelung, 8. 12. 70

MA über Anerkennung der Oder-Neiße-Linie (Schütz-Kritik), 26. 6. 69

MA über Absage des Hallenhandball-Länderspiels CSSR gegen Dänemark

11 Friedensforschung

Berlin war 25 Jahre lang Krisenherd der Weltpolitik. Berlin will eine gesicherte Zukunft in Frieden. Gerade an diesem Berührungspunkt machtpolitischer und ideologischer Gegensätze wird die Notwendigkeit des Friedens offenbar. Deshalb empfiehlt sich Berlin auf Grund seiner geographischen Lage und seiner politischen Bedeutung für die Errichtung eines weltweit wirkenden Instituts für Friedens- und Konfliktforschung.

12 Zusammenarbeit der demokratischen Parteien

II. Berlin-Plan 1980

13 Wir müssen für die Zukunft planen, um die Gegenwart zu bewältigen

Wichtige Ziele sind:

- jedem gleiche Bildungs- und Startchancen im Beruf,
 - jedem eine abgeschlossene Wohnung,
 - jedem einen gesicherten Arbeitsplatz,
 - für jeden die Möglichkeit individueller Gestaltung seiner Freizeit,
 - jedem einen erfüllten Lebensabend,
 - jedem Schutz vor zunehmenden Umweltgefahren,
 - jedem echte Chancen demokratischer Mitwirkung in möglichst vielen Lebensbereichen — in Schule und Universität, am Wohn- und Arbeitsplatz, in Staat und Gesellschaft.
- Dies alles bedarf langfristiger, kühner, ideenreicher, zukunftsbewußter Initiativen.

Die CDU Berlin fordert daher die Gründung eines entsprechenden Forschungsinstituts in Zusammenarbeit mit dem Bund, Berlin, den demokratischen Parteien und den gesellschaftsrelevanten Verbänden.

Voraussetzung für die Realisierung dieser Forderungen und Ziele ist der gemeinsame Wille und das gemeinsame Handeln.

Deshalb müssen die demokratischen Parteien unabhängig von den sonst vorhandenen Meinungsverschiedenheiten bereit sein, die freiheitliche Existenz unseres Berlins zu sichern und zu mehren.

KA über Institut für Friedens- und Konfliktforschung, 11. 7. 69

Antrag über moderne Planung der Stadtentwicklung, 4. 6. 70

Wir fordern eine langfristige, vorausschauende, alle gesellschaftspolitischen Bereiche in Wechselwirkung berücksichtigende Infrastrukturplanung.

Dabei hat eine Analyse der Situation von Menschen und Gesellschaft heute und deren berechtigter und wünschbarer Erfordernisse in der Zukunft voranzugehen.

Für eine Bestandsaufnahme der Situation der Berliner Wirtschaft und deren Verbesserung in der Zukunft ist eine Strukturplankommission einzusetzen. Die Strukturplankommission ist mit allen anderen Planungsstäben und -kommissionen zu koordinieren. Sie ist an den Entscheidungen über Förderungsmaßnahmen zu beteiligen.

Zur Überwindung der vor uns liegenden Schwierigkeiten fordern wir ein umfassendes 5-Jahres-Programm, das in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung, den Organen der Wirtschaft in Bund und Land zu erstellen ist und das spätestens im Herbst 1971 auf einer Berliner Wirtschaftskonferenz unter Beteiligung von Bundeskabinett, Senat und Wirtschaftsvertretungen abschließend beraten und verkündet werden sollte.

Um die langfristige räumliche und zeitliche Abstimmung der verschiedenen Interessen von Wirtschaft, Wohnungsbau, öffentlichen Hoch- und Tiefbau mit den planerischen Gesamtvorstellungen auf dem begrenzten Boden unserer Stadt zu erreichen, ist eine Stadtentwicklungskommission unter Beteiligung des Abgeordnetenhauses, des Senats, der Wirtschaft und der Vertreter des kulturellen Lebens zu bilden.

Die daneben endlich in Angriff zu nehmende vorausschauende Untersuchung künftiger Strukturelemente unserer Existenz durch ein wissenschaftlich-wirtschaftliches Beratergremium ist unverzichtbar.

Mit dem Ziel einer ausgewogenen Gesamtstruktur der Berliner Wirtschaft geht zugleich die Forderung einher,

- a) das Personal der öffentlichen Verwaltung nicht unangemessen ansteigen zu lassen, während es in der Industrie abnimmt,
- b) in der Verwaltung durch fühlbare Rationalisierung, Vereinfachung und Straffung Einsparungen zu erzielen sowie durch eine gerechte und von sachfremden Einflüssen freie Personalpolitik die Leistungen zu steigern,
- c) den Anteil des eigenen Steueraufkommens an der Haushaltsdeckung durch Verbesserung der Wirtschaftsstruktur in Berlin zu erhöhen,
- d) die hohen Bundeszuschüsse nicht zur Unbekümmertheit in der Haushaltswirtschaft führen zu lassen, sondern sie insbesondere für Schwerpunktaufgaben zu verwenden.

Das kulturelle Leben Berlins ist eine Gemeinschaftsaufgabe des deutschen Volkes. Die Verantwortung für die überregionalen wissenschaftlichen und künstlerischen Einrichtungen der Hauptstadt ist nicht allein Sache Berlins. Als Träger dieser Gemeinschaftsaufgabe bietet sich nach dem Beispiel der Stiftung „Preußischer Kulturbesitz“ unter wesentlicher Mitbeteiligung Berlins eine Stiftung „Nationalwerk Deutsche Hauptstadt“ an, die aus Bund, Ländern und anderen Körperschaften zu bilden ist.

Beim Regierenden Bürgermeister ist ein Planungsstab einzurichten, der ein integriertes Informationssystem für alle Bereiche der öffentlichen Verwaltung erarbeitet.

Ein umfangreiches Angebot an preiswerter Energie muß Anreiz für zunehmende Ansiedlung, besonders moderner Industrien bieten, um die Lebensbasis der Stadt zu erhalten.

Der urbanen Entwicklung dienende Flächen sollen langfristig durch Verlagerung von Industrie-, Versorgungs- und Verkehrsbauten unter die Erde freigemacht und freigehalten werden.

Forderung der CDU Berlin in der Debatte über die Regierungserklärung, 2. 11. 67

Antrag über Stuten- und Zeitplan zum Flächennutzungsplan, 26. 6. 69

Forderung der CDU Berlin in der Debatte über die Regierungserklärung, 2. 11. 67

14 Die Wirtschaft braucht Anreize

Der Ausbau der Industrie und die Vermehrung von Freizeiterholungsflächen lassen sich auf beschränkter Fläche nicht gleichzeitig verwirklichen, wenn nicht Auswege gefunden werden.

Antrag über Einrichtung einer Zentrale elektronischer Datenverarbeitung in Berlin, 1. 10. 70

15 Lebendige Demokratie

Demokratie ist ein dynamischer Prozeß. Die unmittelbare Beteiligung der betroffenen Bürger ist stets dem wachsenden Bildungsstand der Gesellschaft und den wissenschaftlichen und technischen Möglichkeiten anzupassen.

16 Verwirklichung des Verfassungsauftrages

Die Mitarbeit des Bürgers kann durch Volksbegehren und Volksentscheid verstärkt werden.

Entsprechende Aufträge der Berliner Verfassung wurden bisher nicht erfüllt.

17 Parlamentsreform

Die Stellung des Parlaments hat sich in unserer Demokratie grundlegend geändert. Im Obrigkeitstaat kontrollierte das Parlament in seiner Gesamtheit die eingesetzte Regierung. Heute müssen Regierung und Regierungskoalitionen als Einheit verstanden werden. Kontrolle ist heute Aufgabe der Opposition. Ihre Arbeitsbedingungen müssen dementsprechend verbessert werden.

18 Chancengleichheit für die Wahl zum Abgeordneten

Weite Bevölkerungskreise werden durch gesetzliche Bestimmungen praktisch daran gehindert, für das Abgeordnetenhaus zu kandidieren und das Abgeordnetenmandat anzunehmen.

Für Angehörige des öffentlichen Dienstes bestehen unterschiedliche Regelungen. Bis auf Landesbeamte und -angestellte, Richter und Wahlbeamte dürfen alle anderen öffentlichen Bediensteten neben ihrer beruflichen Tätigkeit ein Abgeordnetenmandat ausüben. Berufliche Schwierigkeiten und finanzielle Belastungen sind die Folge. Diese Ungleichheiten müssen abgebaut werden.

19 Wahlrecht

Die parlamentarische Arbeit erfordert immer größere Sachkenntnis der Abgeordneten. Zugleich wächst der Einfluß von Fachgruppen und Sachverständigen. Auch um das Parlament von außenstehenden Experten nicht abhängig werden zu lassen, muß gewährleistet sein, daß genügend Fachleute in das Parlament gewählt werden können.

20 Jugend und Gesellschaft

Eine neue Generation ist herangewachsen, deren politische Wertvorstellungen nicht durch Erfahrungen mit Krieg, Totalitarismus, ökonomischer und sozialer Unsicherheit geprägt wurden. Aufgewachsen in einem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat und gestützt auf materiellen Wohlstand, sucht diese Generation die kritische Auseinandersetzung mit den politischen und gesellschaftlichen Realitäten von heute. Die Schulpolitik hat die Voraussetzungen zu schaffen für eine Antwort auf Fragen, Wünsche und Forderungen der Jugend.

Unserer Gesellschaft ist es nicht immer gelungen, die Grundlagen des parlamentarisch-demokratischen Systems der Jugend gegenüber glaubhaft zu vertreten. Die Unruhe in der jungen Generation beweist das augenfällig.

Die Konzeption der politischen Bildungsarbeit ist zu wenig am politischen Konflikt und zu sehr an der Darstellung der demokratischen Institutionen orientiert.

Berlin war im Kampf um seine Freiheit seit 1945 auf die Hilfe seiner Freunde im In- und Ausland angewiesen.

Das wird in naher Zukunft weiter so bleiben.

Statt Hilfe ausschließlich zu fordern, sollte Berlin auch Hilfe geben, wo dies möglich ist.

Trotz gewaltigen technischen Fortschritts gibt es in unserer Welt noch viel Not: in den Entwicklungsländern, in europäischen Slums, unter Alten, Kranken und Gebrechlichen in Deutschland.

Eine sachlich und regional gegliederte, vom Land Berlin geplante, geförderte und geleitete u. U. nach Patenschaftsbereichen geordnete soziale Hilfe der verschiedensten Arten durch die Berliner Jugend — bei Wahrung voller Freiwilligkeit — wäre ein Beitrag:

— dem deutlich gewordenen Drängen der Jugend nach tätiger Teilnahme in Staat und Gesellschaft eine sinnvolle Aufgabe zu geben,

— Berlins Dank für vielfältige Unterstützung auf unaufdringliche Weise abzustatten,

— den Willen der Freunde zu erhalten und zu bestärken, Berlin weiter zu unterstützen,

— neue Freunde zu gewinnen,

— der Verständigung, der Freundschaft und dem Frieden unter den Völkern zu dienen.

Die CDU Berlin will Formen der demokratischen Mitentscheidung des Bürgers in allen gesellschaftlich relevanten Lebensbereichen konsequent weiterentwickeln. In diesem Sinne fordert die CDU Berlin vom Berliner Gesetzgeber:

- eine stärkere Mitbestimmung von Eltern, Lehrern und Schülern auf allen Entscheidungsebenen der Berliner Schulen;
- eine erweiterte Mitbestimmung der Arbeitnehmer in Betrieben mit ausreichender Größe;
- die funktionale Beteiligung aller Hochschulangehörigen an der Selbstverwaltung der Hochschulen.

Die CDU Berlin fordert:

- den verstärkten unmittelbaren Einfluß des Bürgers. Daher ist der CDU-Antrag für ein Gesetz über Volksbegehren und Volksentscheid unverzüglich zu verabschieden;

- Beseitigung von Nachteilen und Beschränkungen Berlins im Bereich der Rechtsprechung. Ein Berliner Verfassungsgerichtshof ist einzurichten.

Die CDU Berlin fordert:

- eine gesetzliche Regelung zur Sicherung der Rechte und Arbeitsmöglichkeiten der Opposition und ihrer Darstellung in der Öffentlichkeit, insbesondere in Rundfunk und Fernsehen.

Das veränderte Parlamentsverständnis mit seinem Gegeneinander von Regierungslager und Opposition muß zu neuen Regelungen in der Geschäftsordnung sowie zu einer neuen Sitzordnung im Berliner Abgeordnetenhaus führen.

Die CDU Berlin fordert gleiche Chancen für alle Bürger:

- finanziell und zeitlich benachteiligte Bevölkerungsgruppen wie Arbeiter und Angestellte privater Arbeitgeber, Hausfrauen, Gewerbetreibende und freiberuflich Tätige müssen einen entsprechenden finanziellen Ausgleich erhalten;

- alle Angehörigen des öffentlichen Dienstes sind grundsätzlich gleich zu behandeln. Sie treten mit Annahme des Mandats unter Gewährung eines entsprechenden Ruhegehalts in den einstweiligen Ruhestand.

Die CDU Berlin fordert daher eine Änderung des Berliner Wahlrechts.

Gesetzentwurf über Auflösung des Abgeordnetenhauses durch Volksbegehren und Volksentscheid, 25. 1. 68 und erneut 12. 11. 70

Antrag über Änderung der Verfassung von Berlin und Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses (Immunität), 4. 6. 70

Antrag über Ausgleichszahlungen für freie Berufe, 4. 6. 70

Antrag über Änderung des Landeswahlgesetzes (Inkompatibilität), 9. 7. 70

Antrag über Herabsetzung des Wahlalters, 9. 5. 68

III. Innerstädtischer Verkehr und Erholungsgebiete

21 Der innerstädtische Verkehr

Der innerstädtische Verkehr in Berlin erlangt immer größere Bedeutung. Er muß in erster Linie den Menschen dienen.

Verkehrspolitische Entscheidungen werden die gesellschaftspolitischen Entwicklungen der Zukunft mitbestimmen. Den in einer modernen Stadt lebenden Menschen soll ein besserer Lebensraum unter Wahrung der soziologischen Einheit der Stadt geschaffen werden. Bei der Verkehrsplanung ist der öffentliche Nahverkehr mit Vorrang zu berücksichtigen. Der innerstädtische Verkehr ist keine ausschließlich technische Frage. Er kann nur unter raumstrukturellen Gesichtspunkten geplant und gelenkt werden. Das Problem muß in Zusammenarbeit mit allen Beteiligten politisch gelöst werden. Die Entwicklung ist hierbei wichtiger als der Gedanke, überaltete und überkommene Dinge in Ordnung zu bringen.

22 Ausbau des innerstädtischen Verkehrsnetzes

Der Ausbau des innerstädtischen Verkehrsnetzes muß sich an den Erfordernissen einer arbeitsteiligen und daher auf schnellen Austausch angewiesenen Wirtschaft orientieren.

23 Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel

Bei zunehmender Mobilität der Bürger darf unsere Stadt nicht im Verkehrschaos ersticken. Der Unfallgefahr im Straßenverkehr ist wirksam zu begegnen.

24 Erholungsgebiete

Berlin in seiner derzeitigen Insellage muß den Erholungsmöglichkeiten innerhalb des Stadtbereiches besondere Aufmerksamkeit schenken.

Die CDU Berlin tritt für eine langfristige Verkehrsplanung in Berlin ein. Der Sicherheit im Verkehr muß dabei vorrangige Bedeutung eingeräumt werden.

Eine erhöhte Baudichte in der Innenstadt ist nur dann ein Gewinn, wenn dadurch das Angebot von Läden des täglichen Bedarfs, von Grundschulen, Dienstleistungsbetrieben und öffentlichen Nahverkehrsmitteln in unmittelbarer Wohnnähe vergrößert wird.

In Citygebieten sollen reine Fußgängerzonen gebildet werden.

Ein für die Gesamtstadt und für die Citygebiete gesondertes Programm soll die Leistungsfähigkeit der Zufahrtsstraßen und Knotenpunkte sowie die Zahl der Stellplätze untereinander auf den notwendigen Wirtschafts- und Nahverkehr und einen begrenzten entbehrlichen Verkehr abstimmen.

Die CDU Berlin fordert:

- Die Verbindungen der Produktionsbetriebe mit den Endpunkten des innerstädtischen Verkehrs (Bahnhöfe, Häfen, Flughäfen) müssen verbessert werden.

Die CDU Berlin tritt dafür ein, daß der Abbau von Verkehrsspitzen verstärkt durch die Einführung der gestaffelten und darüber hinaus der gleitenden Arbeitszeit gefördert wird.

Der Bau von Stadtautobahnen und Schnellstraßen, vor allem auch der Nord-Süd- und der Querverbindungen in den Außenbezirken sowie von Umgehungsstraßen ist weiterhin notwendig.

Die CDU Berlin tritt dafür ein, daß vorhandene Stadtstraßen mittels elektronischer Verkehrslenkung noch besser ausgenutzt werden.

Durch den vermehrten Bau von Fußgänger-Über- und -Unterführungen kann der Verkehrsfluß in der City beschleunigt werden.

Der öffentliche Nahverkehr muß durch seine Tarifgestaltung so attraktiv gemacht werden, daß er von der Mehrzahl der Bevölkerung besser als bisher genutzt wird.

Die Weiterentwicklung des Verkehrsnetzes, besonders die des U-Bahn-Netzes, ist zu fördern und weitgehend zu automatisieren. Es ist ein Verbund der Netze von U-Bahn und S-Bahn anzustreben.

Im Flächennutzungsplan ist sicherzustellen, daß genügend Freiflächen trotz der zunehmenden Bebauungsdichte für Erholungszwecke zur Verfügung stehen.

Private Naturschutzorganisationen sollen bei der Ausarbeitung dieses Planes mitwirken.

Die Berliner Wälder und Seen müssen ungeschmälert für die Erholung der Berliner Bevölkerung erhalten bleiben.

In Fußgängerzonen soll das Bild der Steinwüste durch Grünflächen angereichert werden.

In diesem Zusammenhang kommt den vielen Kleingärten eine erhöhte Bedeutung für die Erholung breiter Schichten zu; die zahlreichen verstreuten Grünflächen sind überdies als Umweltfaktor von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Die CDU Berlin tritt deshalb für die Erhaltung der Kleingärten ein, wo dies irgend möglich ist.

IV. Kunststadt Berlin

25 Theater und Oper

Berlin ist eine der attraktivsten Theater- und Opernstädte der Welt.

Das Lebensklima dieser Stadt gab und gibt dem Berliner Theater starke Impulse. Der Theaterbetrieb als Nahtstelle zwischen Kultur und Politik, Kunst und Gesellschaft ist in den letzten Jahren von grundsätzlicher Kritik nicht verschont geblieben.

Die CDU Berlin setzt sich ein für:

- Autorenwettbewerbe mit attraktiven Preisen durch die Akademie der Künste;

- eine „Kleine Oper“ als Werkstatt für Experimente, die ohne Mehraufwand im Rahmen des Haushalts und der Organisation der Deutschen Oper Berlin verwirklicht werden kann;

- langfristige Spielplangestaltung der Deutschen Oper Berlin, die auch stärker die klassische Moderne berücksichtigt;
- verstärkte Förderung des Kinder-, Jugend- und Puppentheaters;
- verstärkte großzügige Theaterwerbung, insbesondere in Schulen und Betrieben;

- Wiederezulassung von privaten Bühnen-, Film-, Fernseh- und Varieté-Vermittlern;

- eine alljährliche Vermittlungswoche für Bühnengedruckte während des Theatertreffens;

- vertraglich festgelegte Mindestgagen für Proben und Vorstellungen bei Theater, Film und Fernsehen.

Die CDU Berlin fordert:

Die finanzielle Sicherung eines 2. Berufschores (RIAS-Kammerchor), eine ausreichende Förderung der Kammerensembles, eine bessere Förderung des musikalischen Nachwuchses, eine ausreichende Bezahlung der Musiklehrer, eine verbesserte Förderung der Musikschulen an Volkshochschulen.

26 Chöre und Orchester

Berlin ist die Musikstadt Deutschlands. Die Pflege des musikalischen Erbes und das Vergnügen am Experimentieren kennzeichnet die letzte Epoche der Berliner Musikgeschichte. Doch neben den großen Orchestern dürfen Probleme der kleinen Orchester, der Ensembles, insbesondere der Chöre, der Musikausbildung und der sozialen Lage in den musikausbildenden Berufen nicht vergessen werden.

MA über Verkehrsplanung für Berlin, 13. 3. 69

KA über Umwandlung der Wilmsdorfer Str. in eine Fußgängerstraße, 11. 2. 68

Antrag über Parkmöglichkeiten des Individualverkehrs an U-Bahn-Stationen, 12. 11. 70

Antrag über Parkplätze am Flughafen Tempelhof, 14. 11. 68

GA über Schäden an Stadtautobahnbrücken, 8. 5. 69

MA über Nulltarif bei der BVG, 24. 9. 70

Anträge über Bau einer U-Bahn-Linie nach Spandau, 13. 3. 69

Antrag zur Änderung des „Naturschutzgesetzes“, 2. 12. 70

MA über Frühjahrsreinigung der Berliner Wälder, 9. 5. 68

MA über Weiterzahlung von Zuschüssen an die Kleine Oper Berlin, 22. 6. 67

KA über Erweiterung des Angebotes des Theaterringes der Jugend, 9. 1. 69

Antrag über Verbesserung der Ferienregelung der Musiklehrer, 26. 6. 69

27 Museen und Galerien

Berlin hat international bedeutende Museen und eine Vielzahl von Galerien. Die Öffentlichkeit nimmt von dem Angebot zu wenig Kenntnis. Kunstverständnis darf nicht Privileg einer Minorität bleiben. Museen sind nicht nur historische Sammelstätten, ihre Schätze müssen besser als bisher erschlossen werden. Im Prozeß der rapiden Verwandlung unserer Umwelt müssen wertvolle historische Bauten stärker als bisher vor der Vernichtung bewahrt werden.

Die CDU Berlin fordert:

- Intensivierung und Modernisierung der Öffentlichkeitsarbeit der Museen. Sie soll Laien stärker in museumseigenen Studien- und Werkräumen an die Kunst heranführen;
- den Bau eines modernen Ausstellungsgebäudes als Forum experimenteller Kunst, um die räumlichen Voraussetzungen für eine Beteiligung Berlins an der internationalen Kunstdiskussion zu verbessern;
- Ausschreibung einer Graphik-Biennale während der Frühjahrsmesse der Berliner Galerien;
- Einrichtung einer öffentlich geförderter Werkstatt für alle bildenden Künstler;
- den Bildhauern Grünflächen und öffentliche Plätze zur Ausstellung ihrer Werke zeitweilig zur Verfügung zu stellen;
- Loslösung der Denkmalspflege von der Bauverwaltung und ihre Zuordnung zum Ressort des Senats für Wissenschaft und Kunst.

MA über Rettung des ehemaligen Kunstgewerbemuseums, 22. 6. 67

Entsprechender Antrag, 16. 12. 70

28 Kunstförderung

Berlin muß neue Wege der Kunstförderung gehen, um die Bedeutung Berlins als kulturellen Mittelpunkt Deutschlands zu wahren.

Die CDU Berlin fordert:

- ein wegweisendes Gesetz zur Förderung junger Künstler anstelle des überholten Künstler-Notstandprogramms, eine qualitätsbezogene Meisterschüler-Anfangsförderung für Absolventen der Hochschule für bildende Künste sollte einen angemessenen Lebensstandard für drei bis vier Jahre gewähren;
- die Änderung des zur Zeit unpraktischen Urheberrechtsgesetzes, das eine Erhöhung des Urheberanteils von 1 % auf 5 % für bildende Künstler vorsehen muß;
- die Weiterführung des Will-Grohmann-Preises und seinen Ausbau zum bedeutendsten Kunstpreis für die junge Kunst in Deutschland;
- die Reform der Richtlinien für künstlerische Arbeiten bei öffentlichen Bauvorhaben mit dem Ziel, nicht „Kunst am Bau“, sondern die Integration von Kunst und Architektur anzustreben;
- die Förderung der Künste in Berlin durch eine Reihe steuerlicher Förderungsmaßnahmen, insbesondere durch Änderung des Gesetzes zur Förderung der Berliner Wirtschaft;
- die Koordinierung der Arbeit der Kunstämter.

Antrag über kulturelle Veranstaltungen während der Sommerpause, 12. 6. 69

KA über Erhaltung wertvoller historischer Bausubstanz, 17. 1. 68

29 Funk und Fernsehen

Rundfunk- und Fernsehkanäle üben eine große Anziehungskraft auf künstlerische Spitzenkräfte aus. Die unzureichende finanzielle Ausstattung des Senders Freies Berlin trug zur Abwanderung insbesondere im Theaterbereich und in der Filmwirtschaft bei.

Die CDU Berlin fordert:

- die Konzentrierung der öffentlich-rechtlichen deutschen Rundfunkanstalten auf wenige leistungsfähige Anstalten. Der Sender Freies Berlin soll zu einem der Großsender ausgebaut werden, um die kulturelle Leistung Berlins zu stärken und in Deutschland einer breiten Öffentlichkeit zu präsentieren;
- daß der RIAS Berlin als Berliner Sender mit besonderen Aufgaben erhalten bleibt.

KA über Einrichtung zusätzlicher Fernsehprogramme in Berlin, 23. 1. 69

Antrag über zeitgerechte Weiterentwicklung des Rundfunk- und Fernsehwesens, 12. 6. 69

V. Kongreßstadt Berlin

30 Kongreßstadt Berlin

Berlin konnte in den fünfziger Jahren neue Anziehungskraft erreichen als Treffpunkt von West und Ost. Diese Position wurde durch den Bau der Mauer 1961 zerstört. Neue Initiativen sollen Berlin wieder zu einem Kongreß- und Messeplatz machen.

Die CDU Berlin unterstützt die Errichtung eines Kongreßzentrums. Diesem Zentrum können andere Einrichtungen, die den Fremdenverkehr anregen, angegliedert werden.

Das Kongreßzentrum soll von einem weitgehend unabhängigen, in großen Veranstaltungen erfahrenen Management geleitet werden. Berlin muß sich um die Veranstaltung von Messen auf neuen Gebieten bemühen. Die Ausstellungsgesellschaft hat den veranstaltenden Fachverbänden — um Vertragsabschlüsse zu erreichen — die in anderen Messestädten üblichen Vergünstigungen zu gewähren.

Zur Anregung größtmöglicher Teilnahme an Tagungen, Kongressen, Ausstellungen usw. müssen billige Sonderflüge eingerichtet und andere Vergünstigungen geschaffen werden.

Insbesondere sollten Berlin-Reisen im Winter-Halbjahr staatlich gefördert werden.

GA über Förderung des Berliner Fremdenverkehrs, 25. 4. 68

KA über fehlende öffentliche Ausschreibung beim Bau eines Kongreßzentrums, 29. 10. 69

GA über Bau eines Kongreßzentrums, unzureichende Bemühungen des Senats, 28. 11. 68

MA über Messen nach Berlin zu holen (z. B. Seifenmesse), 26. 9. 68

KA über Planung und Durchführung des Silvestivals, 6. 1. 69

VI. Berlin — Zentrum von Forschung und Entwicklung

31 Forschungsinvestitionen

sind Anlagen für die Zukunft. Wir erleben gegenwärtig mit der zweiten industriellen Revolution eine Hinwendung zu den dienstleistungsorientierten Berufen. Neue technologische Entwicklungen werden in immer rascherer Folge in die industrielle Praxis umgesetzt. Der „Forschung und Entwicklung“ kommt daher ausschlaggebende Bedeutung für die Leistungsfähigkeit eines Wirtschaftsgebietes zu.

Die CDU Berlin fordert:

- die Erhöhung der Investitionszulage für Forschungseinrichtungen von 30 % auf 50 %;
 - Steuerbefreiung für Forschungsarbeit, auch für die unternehmensbezogene;
 - stärkeren Einsatz öffentlicher Haushaltsmittel für außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, ohne Rücksicht auf ihre Rechtsform.
- Die CDU Berlin wird Forschungsvorhaben insbesondere auf folgenden Gebieten fördern:
- Umwelthygiene;
 - Verkehrsforschung (Unfallforschung, neue Verkehrsmittel, Massentransport, Schnellverkehr);
 - Probleme der Freizeitgesellschaft;
 - Institut für moderne Stadtentwicklung, Städte- und Wohnungsbau (Infrastruktur, Untersuchung moderner Baumethoden);
 - psychologische Probleme von Wohnen und Umwelt;
 - Medizin;
 - Informationsverarbeitung;
 - Planung und Prognostik;
 - Bildungs-, Berufs- und Berufsbildungsforschung;
 - Friedens- und Konfliktforschung;
- Die CDU Berlin wird das Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) tatkräftig unterstützen. Die CDU Berlin sieht im Wissenschaftszentrum Berlin eine große Chance für unsere Stadt.

KA über Gründung eines Instituts zur Erforschung der modernen Lebensbedingungen, 27. 6. 69

MA über Institut zur Entwicklung künstlicher Herzen, 11. 12. 69

VII. Bildungspolitik

32 Bildungsplanung

Bildung ist ein Grundrecht jedes Menschen. Sie entscheidet zugleich über die gesellschaftliche Weiterentwicklung und wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit unseres Landes. Bildungspolitik ist somit Kernstück einer zukunftsorientierten Politik.

In der Bundesrepublik ist Bildungspolitik Aufgabe der Länder. Nur im Bereich der Hochschulen hat der Bund neuerdings Kompetenzen. Dem Bundestag ist es verwehrt, den Rahmen für ein einheitliches Schulwesen abzustecken. Unterschiede in den Bildungsgängen behindern die Freizügigkeit in der Bundesrepublik, etwa den Wohnortwechsel von München nach Berlin.

Die CDU Berlin fordert:

- eine konkurrierende Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes im gesamten Bereich der Bildungspolitik;
- Zuständigkeit einer Senatsverwaltung für Schul- und Hochschulfragen.

Die CDU Berlin sieht in der Bildungsfor-

Antrag über Planungskommission für Schulbauentwicklung, 5. 1. 70

33 Bildungsfinanzierung

Die Kosten für den notwendigen Ausbau unserer Schulen und Hochschulen können nur unter Anspannung aller Kräfte gedeckt werden. Allein das Bauprogramm, mit dem die Unterrichtsräume für die ansteigende Zahl von Oberschülern in Berlin geschaffen werden sollen, wird fast 400 Millionen DM kosten.

Die CDU Berlin fordert:

- die Bildungsausgaben müssen ständig ansteigen;
 - die freie Wirtschaft soll durch unkonventionelle Finanzierungsmethoden am Ausbau von Bildungseinrichtungen beteiligt werden;
 - durch Rationalisierungsmaßnahmen sollen Investitionskosten eingespart werden.
- Ausgangspunkt der Überlegungen zum Ausbau des Berliner Bildungswesens wird die Verwirklichung des Anspruchs auf eine chancengleiche Bildung sein.

GA über Entwicklung des Berliner Schulwesens, 26. 3. 70

GA über Modernisierung und Renovierung der Berliner Schulen, 9. 12. 70

34 Förderung der privaten Initiative

Der Staat hat die Pflicht, Ausbildungsgänge zu schaffen, in denen seine Bürger auf ein Leben in einer demokratischen Leistungsgesellschaft vorbereitet werden. Diese staatliche Verantwortung begründet jedoch kein Erziehungsmonopol.

Die CDU Berlin fordert:

- Bildungseinrichtungen freier Träger müssen in gleicher Weise gefördert werden wie staatliche Einrichtungen.

35 Kindertagesstätten

Die Bedeutung der Kindertagesstätten hat sich grundlegend gewandelt. Sie wurden eine wesentliche Ergänzung familiärer Erziehung. Die Persönlichkeit soll frühzeitig gefördert werden. Zur Verwirklichung der Chancengleichheit sollen milieubedingte Sperren abgebaut werden. Kinder aus Kleinfamilien können in der Gemeinschaft Gleichaltriger ihre sozialen Erfahrungen erweitern.

Die CDU Berlin fordert:

- den verstärkten Bau von Kindertagesstätten, als eigenständige Erziehungseinrichtung vor und außerhalb der Schule;
- Betriebe und öffentliche Verwaltungen anzuregen, eigene Kindertagesstätten zu errichten;
- eine breite Förderung von Eltern-Kind-Gruppen.

Die CDU Berlin will in einem langfristigen Programm erreichen, daß für alle Drei- und Vierjährigen ein Kindergartenplatz bereitgestellt werden kann. Private Initiativen sollen in diesem Bereich der vorschulischen Erziehung besonders gefördert werden.

Die CDU Berlin fordert:

- die Ausbildung von Kindergärtnerinnen nach modernen sozialpädagogischen Erkenntnissen;
- ein breites Angebot von Erziehungslerngängen für Eltern.

Antrag über Bautypen für Kindertagesstätten, 13. 11. 69

Antrag über Mini-Clubs, 23. 11. 67

Antrag über Schaffung von Spielkreisen oder Betreuungsstuben, 10. 7. 69

MA über Ausbildung von Kindergärtnerinnen, 26. 9. 69

36 Bildungsziele und Inhalte

Die Prinzipien der Chancengleichheit, der bestmöglichen Förderung des einzelnen und der Leistungsorientierung sind die Grundlagen der CDU-Bildungspolitik. Die Reform muß sich am kritischen, mündigen und zum Engagement bereiten Staatsbürger orientieren. Das verlangt eine Neugestaltung der Unterrichtsstoffe und der didaktischen Formen. Bildung soll zur Toleranz hinführen und auf ein Leben mit Konflikten im technischen Zeitalter vorbereiten.

Die Weiterentwicklung unseres Bildungswesens muß bestimmt werden von der Reform der Bildungsinhalte.

37 Schulversuche

In einer Zeit ständiger gesellschaftlicher Veränderungen müssen unsere Schulen die Fähigkeit zum Neu- und Umlernen vermitteln. Sie müssen sich damit aber auch selbst dem Wandel pädagogischer und gesellschaftlicher Veränderungen anpassen können. In ihrer Organisationsform darf die Berliner Schule nicht auf ein einziges Modell festgelegt werden.

Experimente sind notwendig, aber sie dürfen nicht unkontrolliert sein und müssen im Rahmen des praktisch Verwertbaren bleiben.

Die CDU Berlin fordert insbesondere:

- in den allgemeinbildenden Schulen wesentlich mehr als bisher die Zusammenhänge in Wirtschaft und Gesellschaft durchsichtig zu machen;
- in den Lehrplänen Mathematik, Naturwissenschaften, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften stärker zu berücksichtigen;
- die auf die Arbeitswelt spezialisierte Beratung in allen Schulen zu verbessern;
- Informatik in den Unterricht einzuführen;
- Rechtskundeunterricht an allen Schulen einzurichten bzw. zu verbessern.

Die CDU Berlin fordert:

- die Organisation der Berliner Schule soll in allen Bereichen innere Reformen ermöglichen;
- Schulversuche müssen wissenschaftlich kontrolliert und ausreichend mit technischen und personellen Hilfsmitteln ausgestattet sein.

Die CDU Berlin sieht in der integrierten Gesamtschule nur eine der möglichen Formen der modernen Schule.

Antrag über Rechtskundeunterricht, 10. 10. 68

Beschluß des Schulpolitischen Ausschusses der CDU Berlin zur Anerkennung der Gesamtschule als Regelschule, April 70; Stellungnahme zu Schulversuchen in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 18. 12. 69

38 Ganztagschulen

Chancengleichheit heißt, jedem die gleichen Voraussetzungen für den Zugang zu den Einrichtungen unseres Bildungswesens zu bieten. Heute müssen viele Eltern nach Feierabend Schularbeiten mit ihren Kindern machen. Sie müssen nachholen, was die Schule versäumte. Nicht alle Eltern aber können Kinder wirkungsvoll unterstützen.

Die CDU Berlin fordert:

- den Bau von Ganztagschulen;
- die Einführung der Fünftageswoche. Die Schulen für behinderte Kinder sollen vorrangig zu Ganztagschulen ausgebaut werden.

Antrag zur Errichtung von Ganztagschulen, 30. 5. 68

39 Vorklassen

Neuere wissenschaftliche Untersuchungen haben gezeigt, daß die geistigen Kräfte eines Kindes durch frühe Lernangebote besonders gesteigert werden können. Für sehr viele Schüler fällt die Entscheidung über das Lernverhalten und damit den künftigen Schulerfolg vor und zu Beginn des gegenwärtigen Schulbesuchs. Eine spätere Korrektur ist nur schwer möglich.

Die CDU Berlin fordert:

- die Einrichtung von Vorklassen für alle Fünftägigen;
- die Vorverlegung der Schulpflicht auf das vollendete fünfte Lebensjahr;
- eine halbjährliche Einschulung. Die Einrichtung der Vorklassen für alle Fünftägigen soll in Stufen erreicht werden, die eine Benachteiligung einzelner Kinder möglichst vermeiden.

Im Rahmen der Umstellung früherer Schulkinder und zur Lösung der Raumprobleme müssen die Jugend- und Schulverwaltungen eng zusammenarbeiten. Raumprobleme können dadurch verringert werden, daß Jugendfreizeitheime in den Vormittagsstunden von Schulen benutzt werden.

Antrag zur künftigen Planung der Berliner Schulkinderkrippen, 23. 11. 67

40 Grundschule

Ausreichende Förderung können unsere Kinder nur durch individuelle Betreuung erfahren. Dazu sind die Grundschulklassen zu groß, die Lehrer überfordert. Im Unterricht wird nicht ausreichend nach dem Leistungsstand der einzelnen Kinder differenziert.

Die CDU Berlin fordert:

- die Vorklasse mit der jetzigen ersten Grundschulklasse zu einer zweijährigen Eingangsstufe zu verbinden, sie soll die Kinder auf die Lernverfahren der Schule vorbereiten;
- vorrangig die Frequenzen der ersten Grundschulklassen auf 25 zu senken;
- zur individuellen Förderung der Kinder verstärkt Teilungsstunden einzuführen;
- den Frontalunterricht durch binnendifferenzierende Maßnahmen, die der individuellen Förderung dienen, zu ergänzen;
- in der 5. Grundschulklasse mit der äußeren Differenzierung nach Leistungsgruppen (Orientierungsstufe) zu beginnen;
- mit dem Fremdsprachenunterricht bereits in der 3. Grundschulklasse zu beginnen;
- den Musikunterricht durch eine Zusammenarbeit mit den Musikschulen an den Volkshochschulen zu verbessern.

Schulen mit einem großen Anteil von ausländischen Kindern will die CDU Berlin vermehrt Teilungsstunden zur individuellen Förderung dieser Kinder zuweisen. Sie wird die Errichtung von Schularbeitszirkeln finanziell und durch die Freistellung von Lehrkräften fördern.

Durch die Differenzierungsmaßnahmen will die CDU Berlin ein Sitzenbleiben vermeiden. Im Klassenverband nicht hinreichend geförderte leistungsstarke Kinder sollen vorzeitig in die nächsthöhere Klasse versetzt werden.

41 Mittelstufe

Der Zwang, frühzeitig über den Bildungsgang und damit den künftigen Beruf zu entscheiden, war und ist wesentliches Problem des traditionellen Schulsystems. Allgemein anerkanntes Ziel jeder Schulreform ist es daher, den Übergang von einem Bildungsgang in einen anderen zu ermöglichen und zu erleichtern.

Die CDU Berlin fordert eine Reform der Sekundarstufe I:

- Bis 1975 soll die Vollzeitschulpflicht in Berlin in der Regel auf 10 Jahre (ohne Vorklasse) ausgedehnt werden.
- Die Lehrpläne und die Formen des Unterrichts sollen so gestaltet werden, daß in allen Schulen (Hauptschule, Realschule, Mittelstufe des Gymnasiums) eine vergleichbare Grundbildung vermittelt werden kann. Durch gezielte Förderungsmaßnahmen ist eine stärkere Durchlässigkeit zu gewährleisten.

Das Jahrgangssystem wird zugunsten eines Unterrichts in Leistungs- und Neigungsgruppen weiter aufgelockert.

Die Sekundarstufe I soll zu einem unterschiedlich profilierten berufs- oder studienbezogenen Abschluß (Abitur I) führen. Durch die Differenzierung nach Leistungs- und Neigungsgruppen wird es möglich sein, daß leistungsstarke Schüler das vorgeschriebene Lernziel in verkürzter Schulzeit erreichen.

42 Oberstufenreform

Die Oberstufe unserer Gymnasien ist Bindeglied zwischen Schule und Hochschule. Sie soll sowohl Übergänge in den Hochschulgesamtbereich eröffnen als auch den unmittelbaren Eintritt in die Berufspraxis vorbereiten. Die Unterrichtsformen müssen auf die verschiedenen Interessengebiete der Schüler, deren Entwicklungsstand und Verantwortung in der Gesellschaft abgestimmt sein.

Die CDU Berlin will die Oberstufe der Gymnasien zu einem zwei- bis dreijährigen Kolleg ausbauen. Fachoberschulen mit geeignetem Schwerpunkt sollen in dieses Kolleg einbezogen werden.

- Das Kolleg bereitet auf die Studien- und Berufswahl vor.
- Es führt zu einer fachbezogenen oder allgemeinen Studierfähigkeit (Abitur II).
- Das Kolleg verzichtet zugunsten eines Kurssystems auf Klassenverbände.
- Die Schüler sollen bei der Unterrichtsgestaltung und der Stoffauswahl innerhalb des Kollegs mitwirken. Dadurch ist ein Höchstmaß an individueller Förderung zu garantieren.

Bis 1975 will die CDU Berlin die sachlichen und personellen Voraussetzungen für die angestrebte Kollegstufe schaffen. Sie strebt dazu eine Kooperation der Oberstufen mehrerer Gymnasien an.

43 Berufliche Bildung — Lehrlingsausbildung

Die berufliche Bildung soll dem arbeitenden Menschen ermöglichen, seine Fähigkeiten voll zu entfalten, die Chancen des wirtschaftlichen und technischen Fortschritts zu nutzen und zur dynamischen Entwicklung der Gesellschaft beizutragen. Gegenwärtig wird dieses Ziel nur selten erreicht. In der Lehrlingsausbildung müssen junge Menschen oft jahrelang Kenntnisse und Tätigkeiten erlernen, die am Ende der meist zu langen Ausbildungszeit schon veraltet sind. Oft müssen von Lehrlingen heute ausbildungsfremde Arbeiten verrichtet werden.

Die CDU Berlin fordert:

- Jeder Jugendliche muß eine berufliche Grundbildung erhalten, die den Zugang zu mehreren Berufen eröffnet. Sie soll in einem Berufsgrundschuljahr bereits in der Sekundarstufe I angeboten werden.
- Der zeitliche Anteil der schulischen Ausbildung ist innerhalb der beruflichen Bildung zu vergrößern.
- Lehre und berufsbegleitender Unterricht sollen in der Regel auf zwei Jahre verkürzt werden.
- Neben der Ausbildung in Schule und Betrieb, dem dualen Ausbildungssystem, sollen mehr rein schulische Ausbildungsgänge erprobt und angeboten werden.

— Überbetriebliche Ausbildungseinrichtungen müssen geschaffen werden.

Die CDU Berlin will in Berlin den weiteren Ausbau von Berufsschulzentren fördern. Sie will Berufsschulen, Berufsfachschulen, einzelne Zweige der Fachoberschulen und das Wirtschaftsgymnasium zu Berufskollegs (Kollegs mit berufsbildendem Schwerpunkt) zusammenfassen.

Die CDU Berlin fordert:

- Der gesamte Bereich der beruflichen Bildung muß in den Geltungsbereich des Berufsbildungsgesetzes einbezogen werden;
- die schulische Berufsbildung ist in die Forschungsaufgaben des Bundesinstituts für Berufsbildungsforschung einzubeziehen.

Antrag über Sofortmaßnahmen im Grund- und Sonderschulbereich, 18. 3. 70

Antrag zur Reform der Grundschule, 1. 10. 70

44 Kollegs für Erwachsene

Auch nach einer umfassenden Reform der Schule werden nicht alle Jugendlichen ihre Bildungschancen voll nutzen. Ihnen muß eine spätere Vorbereitung auf das Abitur ermöglicht werden. Dazu ist eine Reform der Einrichtungen des zweiten Bildungsweges notwendig.

Die CDU Berlin fordert:

- Die bestehenden Einrichtungen des zweiten Bildungsweges müssen als Kollegs für Erwachsene organisiert werden.

Antrag über Gründung eines Gymnasiums für Erwachsene, 16. 9. 70

45 Förderung von geistig und körperlich behinderten Kindern

Die Zahl der geistig und körperlich behinderten Kinder steigt. Staat und Gesellschaft haben neben der Familie die Pflicht, diesen Personenkreis besonders zu fördern. Das Ziel muß dabei die größtmögliche Eingliederung in alle Lebensbereiche sein.

Die CDU Berlin fordert:

- eine besondere Betreuung behinderter Kinder bereits in der vorschulischen Erziehung;
- den Ausbau leistungsfähiger Sonderschulen eigener Prägung jeweils für geistig, körperlich und mehrfach behinderte Kinder;
- eine erhebliche Senkung der Klassenfrequenzen in den Schulen für Behinderte;
- die Festsetzung der Klassensollstärken;
- den Bau von Werkräumen in den Schulen für Behinderte; — die Errichtung von Förderwerkstätten.

Sozialpädagogen und Grundschullehrer sollen durch eine Reform der Ausbildungspläne besser darauf vorbereitet werden, Behinderungen frühzeitig zu erkennen. Die CDU Berlin wird den Ausbau der heilpädagogischen Ausbildungstätten in Berlin besonders fördern.

GA über neue Schule für Hörbehinderte, 26. 11. 70

46 Schulpsychologischer Dienst

Individuelle Förderung in einem differenzierten Schulsystem ist nur möglich, wenn Schüler, Lehrer und Eltern immer wieder sachkundigen Rat einholen können. Eine wesentliche Aufgabe hat in diesem Zusammenhang der schulpsychologische Dienst zu erfüllen.

Die CDU Berlin fordert:

- den Ausbau des schulpsychologischen Dienstes und der Schullaufbahnberatung;
- neben der Diagnose auch eine therapeutische Behandlung durch den schulpsychologischen Dienst.

In allen Berliner Bezirken sollen bis 1975 wenigstens zwei Schulpsychologen beschäftigt werden. Weitere Psychologen sollen als Mitarbeiter angestellt werden und die Arbeit der Schulpsychologen unterstützen.

47 Moderner Schulbau

Beim Bau neuer Schulen werden immer wieder Fehler gemacht. So sind manche Schulen schon beim Bezug zu klein. Die Raumaufteilung hindert die Lehrer, moderne Lehr- und Lernmethoden anzuwenden. Sprachlabors, Filmstudios und andere Einrichtungen können beim Bau kleinerer Schuleinheiten nicht ausreichend genutzt werden.

Die CDU Berlin fordert:

- Neue Schulbauten sollen Einrichtungen für den Ganztagsunterricht einbeziehen;
 - Schulzentren sollen eine größtmögliche Nutzung aller Einrichtungen ermöglichen und die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Schulformen fördern;
 - die Unterrichtsräume müssen eine Arbeit in großen und kleinen Gruppen ermöglichen.
- Die CDU Berlin wird den Schulneubau nicht ausschließlich den Bauämtern überlassen. Lehrer und Eltern sollen zur Beratung herangezogen werden.

48 Schulraumprogramm

In allen Zweigen der Berliner Schule fehlen Räume. Die Engpässe im Grundschulbereich sollen durch ein bereits angelaufenes Programm zum Bau von mobilen Klassen behoben werden. Bei der Entwicklung der Schülerzahlen wird es in den kommenden Jahren besondere Schwierigkeiten an den Oberschulen geben. Man rechnet mit 23 000 zusätzlichen Schülern. Bei der begrenzten Baukapazität Berlins müssen im Schulbauprogramm Schwerpunkte gesetzt werden.

Die CDU Berlin fordert:

- den Bau von mindestens 12 Ober-schulzentren bis zum Jahre 1975 als Sofortprogramm;
- den Ausbau von Studien- und Berufskollegs;
- den weiteren Bau mobiler Klassen an den Grundschulen im Jahre 1971;
- den Bau von Grundschulen in den Neubaugebieten;
- ein langfristig angelegtes Neubauprogramm für Grundschulen, um Raum für eine Senkung der Klassenfrequenzen und den weiteren Aufbau von Vorklassen zu schaffen;
- den Bau von Schulen für besondere pädagogische Aufgaben (Sonderschulen).

Antrag zur mittelfristigen Finanzplanung, 9. 11. 70

Antrag zur Freistellung von Baukapazität für den Schulbau, 9. 4. 70

49 Alte Schulbauten

Der Zustand vieler alter Schulen in Berlin ist besorgniserregend. Das Abgeordnetenhaus von Berlin hat eine Dringlichkeitsliste aufgestellt, nach der Schulen modernisiert oder durch Neubauten ersetzt werden sollen. Ohne die erheblichen Preissteigerungen des letzten Jahres zu berücksichtigen, wird die Verwirklichung dieses Programmes etwa 300 Millionen D-Mark kosten.

Die CDU Berlin will bis 1975 etwa 100 Millionen DM für Ausbau und Renovierung alter Schulgebäude bereitstellen. Bei der Schulbausanierung sollen die Einrichtungen für einen Ganztagsunterricht geschaffen werden.

Vgl. Gesamtplan für die Schulgebäudeinstandsetzung, Vorlage z. Kenntnisnahme Nr. 125 in Mitteilungen des Präsidenten Nr. 40

50 Lehrermangel

Die dringenden Reformen an den Berliner Schulen lassen sich nur durchführen, wenn ausreichend Lehrer zur Verfügung stehen. Schon jetzt können nicht alle Planstellen für Lehrer besetzt werden. Pädagogische Verbesserungen sind gefährdet.

Die CDU Berlin will ein umfassendes Programm zur Behebung des Lehrermangels verwirklichen.

Dazu gehören:

- der Ausbau der Lehrerbildungseinrichtungen;
- die Reform der Lehrerbildung mit der anschließenden Einordnung aller Lehrer in den höheren Dienst;
- das Angebot und die Förderung eines viersemestrigen Zusatzstudiums nach abgeschlossener fachwissenschaftlicher Ausbildung;
- die Aufnahme von Bewerbern mit abgeschlossener Hochschulbildung in die Studienseminare (Dipl.-Mathematiker, Dipl.-Physiker, Dipl.-Kaufleute);
- die Errichtung einer zentralen Lehrerbewerbungsstelle;
- eine Werbeaktion, mit der ausgeschiedene Lehrkräfte — auch als Halbtagskräfte — wieder für die Arbeit in der Schule gewonnen werden sollen;
- die Vergabe von Lehraufträgen an pädagogische Mitarbeiter aus Industrie und Wirtschaft;
- die Beschäftigung von Lehrern für Sport und Musik im Angestelltenverhältnis;
- verbesserte Aufstiegschancen für Lehrer.

Die CDU Berlin wird die notwendigen Planstellen zur Verwirklichung ihres pädagogischen Reformprogramms einrichten, auch wenn diese nicht sofort besetzt werden können. Dadurch soll die Schulverwaltung in ihrer Personalpolitik flexibler werden. Die CDU Berlin will weiterhin Planstellen für Lehrerassistenten und technische Hilfskräfte an den Berliner Schulen einrichten.

Stellungnahme im Abgeordnetenhaus vom 18. 12. 69

Antrag zur Errichtung einer zentralen Lehrerbewerbungsstelle, 9. 4. 70

Antrag über technische Hilfskräfte an den Berliner Schulen, 2. 2. 70

51 Lehrerbildung

Die Ausbildung unserer Lehrer hat mit den Veränderungen in den Unterrichts- und Organisationsformen der Schule nicht Schritt gehalten.

Die CDU Berlin fordert eine umfassende Reform der Ausbildung aller Lehrer:

- Die Lehrerbildung umfaßt das wissenschaftliche Studium, die Einführung in den Beruf und die Weiterbildung während der Berufspraxis.
- Das wissenschaftliche Studium aller Lehrer gliedert sich in Fachwissenschaften einschließlich der Fachdidaktik und die Erziehungswissenschaften.
- Die Schwerpunkte innerhalb des Studiums bestimmen sich nach den Schulstufen, in denen der Lehrer künftig unterrichten will.
- Die Ausbildung der Grundschullehrer soll durch eine sozialpädagogische Ausbildung erweitert werden.

Die CDU Berlin will sicherstellen, daß jeder Lehrer in regelmäßigen Abständen seine erziehungs- und fachwissenschaftlichen Kenntnisse erweitern kann. Zunächst soll jeder Lehrer alle 10 Jahre für ein Kontaktstudium freigestellt werden. Die CDU Berlin will zur Verwirklichung der Lehrerbildungsreform das Stundendeputat der Lehrer zur Anstellung schrittweise senken.

Die CDU Berlin fordert für alle Lehrer in der zweiten Ausbildungsphase eine Bezahlung wie im Eingangsamt ihrer Laufbahn.

Antrag über Lehrerweiterbildung, 18. 3. 70

52 Moderne Lehr- und Lernmethoden

Für die Reform unseres Bildungswesens muß der Einsatz moderner Lehr- und Lernmethoden stärker genutzt werden. Ein bewegliches System der Vermittlung von Lerninhalten kann durch die Kombination moderner Medien geschaffen werden, so durch das Zusammenwirken von Gruppenarbeit mit Lehrern, Fernunterricht, Hörfunk, Fernsehen und Kas-
settenfernsehen.

Die CDU Berlin fordert:

- die Förderung der Grundlagenforschung auf dem Gebiet der Unterrichtssysteme im Medienverbund;
- den Ausbau des schulinternen Fernsehens;
- die Erarbeitung von Studienprogrammen im Medienverbund.

Die CDU Berlin wird Lehrbuchverlage damit beauftragen, Lehr- und Lernmaterial für einen differenzierten Unterricht zu entwickeln.

Die Berliner Schulen sollen ausgerüstet werden insbesondere mit:

- Sprachlehranlagen
- Tageslichtprojektoren
- Vervielfältigungsapparaten
- Lehrcomputern
- Fernsehapparaten
- die Schulen sollen ihre Zusammenarbeit mit den öffentlichen Bibliotheken verstärken.

KA über Entwicklung von Lehrprogrammen, 10. 6. 70

MA zum Übereignungskatalog, 9. 7. 70

53 Demokratie in der Schule

Die Schule soll auf ein Leben in einer demokratischen Gesellschaft vorbereiten. In ihren eigenen Organisationsformen und im Unterricht muß sie sich damit auch selbst an den Prinzipien dieser Gesellschaft orientieren.

Allen Gruppen innerhalb der Schule soll für ihre schöpferische Arbeit volle Handlungsfreiheit gegeben werden, die nur durch die allgemeinen Rechtsgrundsätze und den Schulzweck eingeschränkt werden darf.

Die CDU Berlin fordert:

- eine größere Selbstständigkeit der einzelnen Schulen, insbesondere bei der Gestaltung des schulischen Lebens und der Haushaltsführung;
- das Vorschlagsrecht des Kollegiums bei der Wahl des Schulleiters;
- die gesetzliche Verankerung der Schulleiterkonferenzen;
- das Recht der Eltern, am Unterricht ihrer Kinder teilzunehmen;
- den Ausbau der Eltern- und Schülermitverantwortung in den Schulen;
- die gesetzliche Verankerung der Bezirkselternausschüsse und des Landeselternausschusses;
- die Bildung von Schülervertretungen in den Bezirken und auf Landesebene;
- den Ausbau von Lehrerververtretungen außerhalb der Aufgaben im Personalvertretungsrecht auf Bezirks- und Landesebene;
- die Mitwirkung der Eltern-, Lehrer- und Schülervertretungen in den Gremien der Bezirksverordnetenversammlungen;
- die Bildung von Fachbeiräten für das Berufsbildende Schulwesen auf Landesebene;
- ein Anhörungsrecht der Landeseltern-, Lehrer- und Landesschülervertretung bei allen schulpolitischen Entscheidungen des Abgeordnetenhauses.

Die Schülermitverantwortung soll nach Schulstufen organisiert und in ihren Rechten unterschiedlich ausgestaltet werden. Eine altersmäßig abgestufte Abgrenzung zwischen Elternrecht und Recht der Jugendlichen ist zu gewährleisten.

54 Universitätspolitik

Das neue Berliner Universitätsgesetz ist in seiner Form gegen den Willen der CDU Berlin beschlossen worden. Es hat Lücken offengelassen und durch eine Organisationsform, die nicht wissenschaftsgerecht ist, radikale Gruppen begünstigt. Die Freiheit der Wissenschaftler bei der Wahl des Forschungsgegenstandes wird in unerträglichem Maße eingeschränkt. Lehrveranstaltungen werden gestört. Hochschullehrer geben ihren Beruf auf oder verlassen Berlin. Das wissenschaftliche Niveau unserer Universitäten ist gefährdet, in wesentlichen Bereichen gesunken.

55 Neues Hochschullehrrecht

Im vergangenen Jahrzehnt wurde der Schwerpunkt in der Hochschulreform darin gesehen, einen Mittelbau aus wissenschaftlich qualifizierten Kräften zu schaffen und diesen erheblich zu erweitern. Dadurch wurden Abhängigkeiten begründet, die der wissenschaftlichen Arbeit der Betroffenen nicht gerecht wurden. Darauf beruhen zum wesentlichen Teil die heutigen Spannungen an den Universitäten.

Die CDU Berlin fordert:

- Durch eine Reform des Hochschulrechts soll der Mittelbau aufgelöst werden. Alle Mitglieder der Hochschulen, die eine Lehrtätigkeit ausüben, sollen zu untereinander gleichberechtigten Hochschullehrern werden.
- Die CDU Berlin will vermehrt Mittel für Promotions- und Habilitationsstipendien zur Verfügung stellen. Jungen Wissenschaftlern soll auf diesem Wege ein schneller Abschluß der wissenschaftlichen Ausbildung und der Eintritt in die Hochschulen als Hochschullehrer ermöglicht werden.
- Die personale Einheit von Forschung und Lehre wird erhalten.

Antrag zur Situation an den Berliner Hochschulen, 16. 6. 70

Antrag über Promotionsstipendien, 16. 9. 69

56 Hochschulgesamtbereich

Die wissenschaftlichen Anforderungen unserer Zeit können nur durch die Zusammenarbeit aller Hochschulen gemeistert werden.

Die CDU Berlin fordert die Zusammenfassung aller Berliner Hochschulen zu einem Hochschulgesamtbereich. Er soll die Zusammenarbeit sichern und die Voraussetzungen für wechselseitige Übergänge schaffen.

In geeigneten Fachrichtungen ist eine Integration der Studiengänge an den verschiedenen Bildungseinrichtungen des Hochschulgesamtbereiches zu erarbeiten und zu erproben.

Gesetzentwurf zum Berliner Hochschulgesamtbereich, 27. 2. 69

57 Universitätsgesetz

Das Universitätsgesetz wird auf der Grundlage einer neuen Hochschullehrerstruktur und der in dem letzten Jahr bereits gesammelten Erfahrungen neu gefaßt werden müssen. Dabei wird nicht die Auseinandersetzung mit dem Radikalismus, sondern eine sachgerechte Organisation der Wissenschaft in Forschung und Lehre die Triebfeder aller Veränderungen sein.

Die CDU Berlin fordert:

- eine neue Zusammensetzung der Entscheidungsgremien;
 - eine Abschaffung des Konzils und die Bildung einer Universitätsversammlung mit neuen Aufgaben;
 - die Zusammensetzung des akademischen Senats aus Vertretern der Fachbereiche;
 - eine sachgerechte Sonderregelung für den medizinischen Bereich;
 - eine klare Definition der Staatsaufsicht.
- Die CDU Berlin wird den von ihr im Abgeordnetenhaus eingebrachten Entwurf eines Universitätsgesetzes fort-schreiben und vorlegen.

Gesetzentwurf über die Universitäten, 13. 2. 68

58 Studienreform

Die CDU Berlin sieht in der Studienreform eine gemeinsame Aufgabe von Staat und Hochschulen. Der Gesetzgeber hat dabei Entwicklungen anzuregen und der Studienreform eine Richtung zu weisen.

Die CDU Berlin fordert eine Reform der Studiengänge und Prüfungsordnungen unter den Gesichtspunkten der:

- Orientierung der Prüfungsinhalte am Studienziel und am Berufsfeld;
- methodischen Sicherheit und selbständigen Weiterbildung;
- Objektivierung der Prüfungsverfahren;
- notwendigen Teamarbeit in einer arbeitsteiligen Gesellschaft;
- sinnvollen Stufung der Studiengänge und der Durchlässigkeit innerhalb des Hochschulgesamtbereiches.

Die CDU Berlin fordert die Verabschiedung von Rahmenbestimmungen für Prüfungen oder von Prüfungsordnungen durch den Staat zur Gewährleistung eines einheitlichen Prüfungsniveaus.

59 Studentenschaft

Durch das Berliner Universitätsgesetz wurde der Selbstverwaltungsverband der Studentenschaft aufgelöst. Neben der Mitarbeit in den Selbstverwaltungsorganen der Universität hatten die Studenten in diesem Verband sozialpolitische und jugendpflegerische Aufgaben wahrzunehmen. Das Universitätsgesetz hat mit seiner Entscheidung einen Teil selbstverantwortlichen, demokratischen Engagements in unserer Gesellschaft gegen den Willen der CDU Berlin abgebaut.

Die CDU Berlin fordert, den Selbstverwaltungsverband der Studentenschaft als Körperschaft des öffentlichen Rechts neu zu errichten.

60 Numerus clausus

An Berliner Hochschulen wird ein Numerus clausus (Zulassungsbeschränkung) nur in wenigen Fachrichtungen praktiziert. Durch die begrenzte Kapazität der Bildungseinrichtungen wird das Studium jedoch in weit mehr Fachrichtungen behindert.

Die CDU Berlin fordert:

- Kapazitätsberechnungen vorrangig für Massen- und Engpaßfächer;
 - eine zentrale Nachweisstelle für alle Studienplätze in der Bundesrepublik;
 - den weiteren Ausbau der Hochschulen.
- Die CDU will vorrangig ausbauen:
- die Lehrerbildungseinrichtungen;
 - die naturwissenschaftlichen Fachrichtungen;
 - den medizinischen Fachbereich.

KA über numerus clausus, 22. 9. 70

61 Weiterbildung

Die sich immer stärker differenzierende und spezialisierende Arbeitswelt führt zum Ende des bisher gültigen Berufsbriefes: Der Wechsel des Berufes wird im kommenden Jahrzehnt für viele Menschen zu einem normalen Vorgang. Wir müssen lernen, stets umzudenken und umzulernen.

Die CDU Berlin fordert ein umfassendes System der permanenten Weiterbildung. Berufliche Fortbildung und allgemeine Erwachsenenbildung sollen zusammengefaßt werden.

Schulen und Hochschulen sollen Funktionen der Weiterbildung übernehmen. Die Volkshochschulen sollen weiter ausgebaut und ihre Lehrangebote überprüft werden. Sie sollen eine bessere personelle Grundausstattung erhalten.

62 Bibliotheken

Unsere öffentlichen Büchereien sollen den Bürgern aller Altersgruppen eine umfassende Informationsmöglichkeit anbieten. Sie müssen den Anforderungen moderner Erwachsenenbildung entsprechen.

Die CDU Berlin fordert:

- die Erhöhung des Buchanschaffungssetats;
- die Erweiterung des Fachbuchbestandes;
- die Einbeziehung des Verleihs moderner Medien (Schallplatten, Filme, Fernseh-kassetten, Diaserien, Tonbänder).

VIII. Gesundheitspolitik

63 Organisatorische Selbständigkeit des Gesundheitswesens

Der Senat hat 1967 gegen den Widerspruch der CDU Berlin die organisatorische Selbständigkeit des Gesundheitswesens beseitigt. Das hat sich als eklatanter politischer Fehler erwiesen.

Die CDU Berlin fordert:

Das Gesundheitswesen ist wieder zu verselbständigen. Ihm muß der gebührende Rang in der Berliner Landespolitik zurückgegeben werden.

Forderungen der CDU Berlin in der Debatte über die Regierungserklärung, 27. 4. 67

64 Zuständigkeit

Die Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen Senat und Bezirken wird einem zeitgemäßen und modernen Gesundheitswesen nicht mehr gerecht.

Die CDU Berlin fordert:

Die zuständige Senatsverwaltung muß erweiterte Kompetenzen auf dem Gebiet der krankenhausbetrieblichen Organisation und Rationalisierung einschließlich der Automation erhalten.

Antrag über Betriebsform der Krankenhäuser, 15. 12. 67

Die CDU Berlin wird gutachtlich prüfen lassen, ob die derzeitige Verwaltungsform für städtische Krankenhäuser und die Kompetenzabgrenzung zwischen Senat und Bezirken auf diesem Gebiet auch weiterhin als zweckmäßig gelten kann oder ein zentrales Krankenhausamt einzurichten ist.

65 Krankenhausreform

Das Krankenhaus hat vorrangig der Individualität und der Würde des Menschen Rechnung zu tragen. Das ist zur Zeit nicht überall gewährleistet.

Die CDU Berlin fordert:

Unterschiede in der ärztlichen und pflegerischen Betreuung in Krankenhäusern sind mit dem Ziel einer optimalen Versorgung zu beseitigen. Solche Regelleistungen müssen sowohl durch zusätzliche Personalleistungen der Ärzte als auch durch zusätzliche Sachleistungen der Krankenhäuser ergänzt werden können.

66 Wirtschaftliche Sicherung der frei gemeinnützigen Krankenanstalten

Die Mitfinanzierung der Krankenhäuser durch den Bund ist von der Erstellung von Krankenhausbedarfsplänen der Länder abhängig gemacht worden.

Die CDU Berlin fordert: eine Planung unter Mitwirkung eines „Planungsbeirates“, in dem alle Krankenhaussträger angemessen vertreten sind.

Den frei gemeinnützigen Krankenanstalten muß durch ausreichende Investitionszuschüsse ermöglicht werden, ihren Aufgaben uneingeschränkt nachkommen zu können.

Die CDU Berlin lehnt eine unterschiedliche Behandlung von städtischen und frei gemeinnützigen Krankenanstalten bei der Investitionsfinanzierung entschieden ab.

67 Strukturelle Krankenhausreform

Für eine strukturelle Krankenhausreform ist eine langfristige Planung notwendig. Sie muß den Rahmen für mittelfristige und stufenweise angepaßte Konzeptionen abgeben.

Die vom Senat erarbeitete Zielplanung für die Zeit von 1970—1979 ist auch insoweit unvollständig. Sie stellt im wesentlichen eine Bettenbedarfsplanung dar und berücksichtigt die notwendigen Struktur-reformen des Berliner Krankenhauswesens nicht.

Die CDU Berlin fordert einen Struktur-reformplan zur:

- Entwicklung eines abgestuften leistungsfähigen Krankenhaussystems, wobei in erster Linie Zahl und optimale Standorte von Schwerpunktkrankenhäusern zu bestimmen sind;
 - Durchführung von Untersuchungen über die günstigsten Betriebsgrößen der Krankenanstalten;
 - Beschleunigung der Modernisierung der medizinisch-technischen Ausrüstung unter Anpassung an die Aufgabenstellung und Größe der Krankenhäuser;
 - Beseitigung übergroßer Krankenhaus-Abteilungen;
 - Schaffung von Spezialfachabteilungen innerhalb der und neben den Fachhauptabteilungen an den Schwerpunktkrankenhäusern;
 - Analyse über die Möglichkeiten einer Auflockerung des starren Abteilungssystems zugunsten eines nach medizinischen Indikationen gestaffelten Pflegesystems, von Intensivpflegestationen bis zu Leichtpflegestationen;
 - fachlichen Gliederung der Hospitäler und großen Hospitalabteilungen und — soweit möglich — ihrer organisatorischen Einbeziehung in die Allgemeinkrankenhäuser;
 - Prüfung, ob Nachsorgekliniken an Schwerpunktkrankenhäusern einzurichten sind;
 - Untersuchung der Möglichkeiten einer vorstationären Diagnostik in Zusammenarbeit mit der frei praktizierenden Ärzteschaft und den Kliniken;
 - grundsätzlichen Beibehaltung von Einzugsbereichen;
 - beschleunigten Ermittlung der zusätzlichen personellen und materiellen Anforderungen an sog. akademische Krankenhäuser, die künftig zur klinischen Ausbildung des ärztlichen Nachwuchses herangezogen werden sollen;
 - Einbeziehung der Folgeeinrichtungen in die Planungsvorstellungen.
- Dieser Strukturplan ist in Zusammenarbeit mit den autonomen Trägern der freigemeinnützigen Krankenanstalten abzustimmen.

Antrag über Krankenhaus-bettensituation und Bettenplanung, 23.11.67

GA über Schließung von städtischen Krankenanstalten, 14.3.68

KA über Krankenhausbetten für Akutfälle in Reinickendorf, 24.7.69

Presseerklärung mit der Forderung für Krankenhaus-Neubau im Bezirk Reinickendorf, 14.10.70

68 Pflegepersonal

Die Krankenhäuser stehen vor großen personellen Schwierigkeiten. Es fehlt vor allem Krankenpflegepersonal. Einzelne Pflegeeinheiten mußten deswegen bereits stillgelegt werden. Das sind Alarmzeichen, die eine schnelle und umfassende Abhilfe notwendig machen.

Eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Krankenhaus ist erforderlich. Die Pflegeberufe müssen auch unter materiellen Gesichtspunkten attraktiver gemacht werden. Nur so kann man die berufsuchenden Jugendlichen interessieren und die Abwanderung von ausgebildetem Personal vermeiden.

Die CDU Berlin fordert:

- eine langfristige Personalbedarfsplanung als Grundlage und Ausgangspunkt für klare personalwirtschaftliche Entscheidungen. Die Informationen der Bevölkerung über die Krankenpflegeberufe sind zu intensivieren. Falsche Vorstellungen über die gesellschaftliche Einstufung der Krankenpflegeberufe müssen ausgeräumt werden.

Die CDU Berlin fordert:

- bessere tarifliche Bewertung des examinierten Pflegepersonals und Einführung des Bewährungsaufstiegs;
 - bessere Aufstiegschancen in den Krankenpflegeberufen, besonders beim männlichen Pflegepersonal, durch Funktionsstellen;
 - Intensivierung der berufsbegleitenden Aus- und Fortbildung aller Personalgruppen im Krankenhaus;
 - Erhöhung bzw. Gewährung von Abgeltungsbeträgen für berufsspezifische Sonderbelastungen (Nachdienstzulagen, Sonntagszulagen — mit Ausdehnung auf den Sonnabend —, Zulagen an Feiertagen, für Überstunden, für erschwerte Tätigkeiten usw.);
 - Gewährung eines nach zeitlicher Dauer der Betriebszugehörigkeit gestaffelten Urlaubsgeldes;
 - Anpassung der Personalausstattung im Pflegebereich an die Arbeitszeitveränderungen und die steigenden Leistungsanforderungen;
 - mehr bedarfsgerechte Wohnungen für das Pflegepersonal (auch mit Familie) und zügige Vermittlung von Wohnraum für Personal aus dem übrigen Bundesgebiet;
 - mehr Betriebskindertagesstätten;
 - verstärkte Reaktivierung verheirateter Pflegerinnen durch Weiterbildungsförderung bei gleichzeitiger voller Bezahlung;
 - Entlastung des examinierten Personals durch verstärkte Beschäftigung von Hilfskräften und Einsatz technischer Rationalisierungsmittel.
- Die CDU Berlin setzt sich für eine Änderung des Krankenpflegegesetzes ein, um den Zugang zu den Krankenpflegeberufen grundsätzlich unmittelbar nach dem Schulabgang zu ermöglichen. Sie fordert eine vorbereitende, dem theoretischen Unterricht gewidmete, einjährige Vorstufe sowie eine bessere und zeitgemäße Krankenpflegeausbildung.

MA über Personalsituation für die Inbetriebnahme des Universitätsklinikums, 22.6.67

KA über Mangel an Krankenpflegepersonal, 11.9.69

KA über Berufschancen in der Krankenpflege, 18.1.68

69 Ärzte

Das derzeitige Krankenhaussystem kann die modernen medizinischen Möglichkeiten nicht optimal ausschöpfen.

Die rasanten Entwicklungen im medizinischen und technischen Bereich erfordern eine zunehmende Spezialisierung der Ärzte.

Der zur Zeit benutzte „Bettenschlüssel“ zur Ermittlung des Bedarfs an ärztlichem Personal ist unzureichend.

Vielfach werden nachgeordnete Ärzte von den Chefärzten zur Durchführung von persönlichen Mehrleistungen außerhalb der Regelversorgung herangezogen. Hier ist, soweit im einzelnen nicht schon geschehen, eine allgemeine Entgeltregelung erforderlich.

Die CDU Berlin hält es für erforderlich, daß hochqualifizierten Ärzten bessere berufliche Chancen im Krankenhaus geboten werden.

Die CDU Berlin hält es wegen der notwendigen ganzheitlichen Behandlung der Patienten für unumgänglich, die Fachspezialisten in Organisationsformen zusammenzufassen, die von der Kooperation bis zur Integration mit anderen Krankenhausdiensten reichen. Daraus müssen die personellen Folgerungen gezogen werden.

Die CDU Berlin vertritt die Auffassung, daß mit Hilfe von Berechnungsgrundlagen, wie sie z.B. in der Röntgenologie bereits gebräuchlich sind, die ärztlichen Effektivleistungen erfaßt und der Personalbedarfsermittlung zugrunde gelegt werden sollten.

Die CDU Berlin fordert eine angemessene Beteiligung der nachgeordneten Ärzte an den Einnahmen der Chefärzte aus persönlichen Mehrleistungen.

KA über Errichtung einer Deutschen Akademie für ärztliche Fortbildung, 18.3.69

Antrag über Folgerungen aus der Änderung der Bundesärzteordnung, 10.7.69

70 Kosten und Leistungen

Eine wirkungsvolle Rationalisierung mit dem Ziel der Leistungssteigerung und der Kostensenkung setzt fundierte Kenntnisse der Verhältnisse von Leistungen und Kosten in den Krankenhäusern voraus. Rationalisierung greift erheblich in die Strukturformen der Krankenhäuser ein.

71 Elektronische Datenverarbeitung

Der Computer hat sich in vielen Krankenhäusern außerhalb Berlins bewährt. Die Einführung der elektronischen Datenverarbeitung im Krankenhaus bedeutet ein entscheidendes Hilfsmittel der Medizin in Diagnose und Therapie. Die Steuerung und Überwachung des gesamten Informationsflusses der Krankenhäuser ist eine wichtige Zukunftsaufgabe des Computers.

Die CDU Berlin fordert:

Die Einführung der Betriebsabrechnungen in allen Krankenanstalten ist zu beschleunigen.

Die CDU Berlin hält es für nötig, daß eine langfristige Rationalisierungskonzeption erstellt wird, die mit der notwendigen Krankenhausstrukturreform zu koordinieren ist.

Die CDU Berlin hält es für notwendig, möglichst alle Bereiche des Gesundheitswesens in die Datenverarbeitung einzubeziehen (Datenbank).

Sie fordert:

- ein leistungsfähiges Organisationsteam aus verschiedenen Berufsgruppen (Betriebswirte, EDV-Fachleute, Mediziner, Physiker usw.) bei der zuständigen Senatsverwaltung, das mit zentralen Lenkungen gegenüber den Krankenanstalten ausgestattet ist;
- frühzeitig mit der zentralen Aus- bzw. Fortbildung der vorhandenen und neu einzustellenden Mitarbeiter in den Krankenhäusern zu beginnen;
- die Koordinierung aller Arbeiten auf dem Gebiete der EDV mit den übrigen Trägerverbänden von Krankenanstalten und der frei praktizierenden Ärzteschaft zu intensivieren;
- wissenschaftlichen und praktischen Erfahrungsaustausch mit Institutionen und Fachkräften des In- und Auslandes zu pflegen;
- notwendige Struktur-reformen im Berliner Krankenhauswesen rechtzeitig im Hinblick auf Erfordernisse der EDV zu orientieren.

72 Heilberufe

Seit einiger Zeit gibt es Bestrebungen, die freie Tätigkeit der Heilberufe allmählich einzuengen.

Die CDU Berlin tritt nachhaltig für die Erhaltung der beruflichen Freiheit ein, insbesondere auch der frei praktizierenden Ärzte. Sie wendet sich gegen jeden Sozialisierungsversuch.

Die CDU Berlin befürwortet eine angemessene Förderung der Einrichtung von Arztpraxen in Neubau- und Sanierungsgebieten.

KA über Mangel an Kinderärzten, 22.7.68

73 Vorsorgemedizin

Nur durch Ausbau der Vorsorgemedizin können bestimmte Krankheiten rechtzeitig erkannt und bekämpft werden.

Die CDU Berlin fordert:

- Die Vorsorgemedizin ist auszubauen. Modelluntersuchungen im Vorsorgebereich könnten im Zusammenwirken mit der frei praktizierenden Ärzteschaft Aufschluß über die organisatorischen, finanziellen und medizinischen Notwendigkeiten verbesserter und vermehrter Vorsorgemaßnahmen geben.
- Krebsvorsorge, Diabetesbekämpfung, Früherkennung der Karies, Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit, Maßnahmen zur Früherkennung von krankhaften Ansätzen bereits im Säuglingsalter und Impfschutz müssen Vorrang haben.
- Die CDU Berlin fordert den Ausbau von Zentren für Risikogeburten an den großen Frauenkliniken.
- Die CDU Berlin setzt sich für eine stärkere gesundheitliche Volksbelehrung ein.

KA über Forschungsinstitut für perinatale Medizin, 4.7.68

KA über Schaffung besonderer Einrichtungen für sog. Risikogeburten, 14.7.67 und erneut 8.7.69

74 Rauschgiftgefahren

Rauschgiftmißbrauch ist zunehmend ein soziales und gesellschaftliches Problem. Wachsende Minderheiten in der modernen Industriegesellschaft versuchen, durch den Gebrauch von Rauschgiften den täglichen Lebensanforderungen zu entfliehen. Als Folge des Rauschgiftgenusses tritt zu den oft unterschätzten Gesundheitsgefahren ein Persönlichkeitsverfall, der häufig zu Straftaten führt. Daher ist der Rauschgiftgenuss eine wachsende soziale Gefahr, insbesondere für junge Menschen.

Die CDU Berlin will:

- die ständige Aufklärung, insbesondere junger Menschen, durch Massenmedien, Bildungseinrichtungen und soziale Verbände.
- Gesteigerte Bedeutung gewinnt dabei die Aufklärung von Schülern und Studenten. Vorhandene Bildungseinrichtungen, besonders auch im gemeinnützigen Bereich, sind zu fördern. Diesen Einrichtungen ist Film- und Bildmaterial über die Gefahren des Rauschgiftmißbrauchs zur Verfügung zu stellen.

Die CDU Berlin fordert:

- Ein besseres und umfangreicheres Angebot moderner klinischer Behandlungs- und Wiedereingliederungsmöglichkeiten;
- wirkungsvollere Bekämpfung des Rauschgifthandels.

Antrag über Rauschgiftmißbrauch, 11.12.69 und erneut 8.7.69

KA über Bekämpfung des Rauschgifthandels, 19.6.69

75 Umweltschutz und Hygiene

Der Mensch wird zunehmend von giftigen Rückständen der Industrialisierung bedroht. Der Großstadtmensch vor allem leidet unter dieser Entwicklung. Hochgiftige Bestandteile von Abgasen aller Art gelangen in die Luft. Die Berliner Gewässer müssen riesige Mengen Abfallstoffe aufnehmen, die auf natürliche Weise nicht abgebaut werden können. Diese Stoffe regen das Algenwachstum an und führen damit zur Verschlammung unserer Seen. Allein dem Tegeler See wird jährlich der Gegenwert von 6000 t handelsüblichen Düngers zugeführt. Das biologische Gleichgewicht wird zerstört. Der Freizeitwert unserer Seen sinkt. Die Trinkwasserversorgung wird kostspieliger.

Der Verkehrs- und Fluglärm in den Wohngebieten unserer Stadt nimmt gesundheitsgefährdende Ausmaße an. Der Senat widmet den Fragen des Umweltschutzes nicht die gebührende Aufmerksamkeit. Mit schweren physischen und psychischen Schäden muß gerechnet werden, wenn die Probleme nicht endlich gelöst werden.

Die CDU Berlin wird alle Bestrebungen unterstützen, die eine wirksame Reinigung der Automobilabgase bezwecken. Entsprechende Auflagen sind zu erteilen.

Die CDU Berlin wird sich dafür einsetzen, daß die Berliner Kraftwerke nach neuartigen Verfahren die Verbrennungsabgase der Kohle vom Schwefeldioxyd reinigen.

Durch den Bau von Kernkraftwerken und die damit ermöglichte Elektrifizierung der privaten Haushalte kann die Luftverschmutzung wesentlich reduziert werden. Um den Freizeit- und Trinkwasserwert der Berliner Gewässer zu erhalten, schlägt die CDU Berlin vor:

— Rückhalte- und Kläranlagen an den Regenauslässen;

— Einbau einer dritten Reinigungsstufe in das Klärwerk Ruhleben, um die Düngesalze zu entfernen;

— strenge Kontrollen der Firmen, die unerlaubt hochgiftige Metallsalze von Kupfer, Chrom und Nickel den Gewässern zuführen.

Die CDU Berlin fordert:

— verstärkte Forschung auf dem Gebiet abgasfreier Automobile;

— Verpflichtung der Mineralölgesellschaften, Treibstoffe zu entwickeln, die das hochgiftige Blei nicht enthalten.

Autowracks verschandeln unser Stadtbild. Ihre Beseitigung ist mit einer fühlbaren Buße für den Eigentümer zu verbinden.

Durch eine „Aktion Sauberes Berlin“ muß die Werbung in den Massenmedien auch auf die Propagierung kommunaler Notwendigkeiten ausgedehnt werden.

Darüber hinaus wird nachdrücklich die Errichtung einer zentralen Stelle für Fragen der Lärmbekämpfung gefordert.

Die CDU Berlin wird die Errichtung eines großzügig ausgestatteten Instituts für Fragen des Umweltschutzes und der Hygiene betreiben. Es sollte mit gleichartigen Einrichtungen des Auslandes zusammenarbeiten.

Die CDU Berlin fordert:

Unverzügliche Beseitigung räumlicher und materieller Unzulänglichkeiten und eine ausreichende Personalausstattung.

Die Organisationsform bestehender Einrichtungen muß verbessert werden. Ein virologisches Zentrum ist einzurichten.

Die Akademie für Arbeitsmedizin hat besonders wichtige Aufgaben. Sie müssen weiterentwickelt werden.

Die CDU Berlin ist der Auffassung, daß die arbeitshygienische Information der Betriebsangehörigen — auch am Arbeitsplatz — verstärkt werden muß.

Antrag über Umweltschutz in Berlin, 12.11.70

MA über gesundheitsschädigende Auswirkung von DDT, 11.12.69

MA über Abgaswolken der Düsenflugzeuge, 24.9.69

MA über Verunreinigung des Tegeler Sees, 12.3.69

MA über widerrechtliche Nutzung von Straßenland durch abgemeldete Kraftfahrzeuge, 10.7.68

MA über Flugzeuglärm und -schmutz in Tempelhof, 25.1.68

MA über Verordnung zur Bekämpfung des Lärms, 25.6.70

Antrag über Zentralstelle für Lärmbekämpfung, 13.11.69

Antrag über Errichtung eines Hygieneinstitutes, 25.1.68

Antrag über Berichterstattung zur Situation der Untersuchungsämter, 25.1.68

Antrag über Errichtung eines Instituts für Sportwissenschaften, 10.7.1969

KA über Förderung des Schulsports, 12.3.70

GA über Leibeserziehung an Berliner Schulen, 23.11.67

KA über Schwimmsport an Berliner Schulen, 29.6.70

MA über Einrichtung eines Sportgymnasiums, 11.4.68

KA über Institut Leibeserziehung, 19.6.70

KA über Trainingsmöglichkeiten für Sportvereine, 9.5.69

81 Sportstätten

Erst durch ein vielseitiges Angebot von Sportstätten hat jeder die Möglichkeit, den Sport zu treiben, der ihn interessiert.

Die CDU Berlin fordert daher:

— verstärkten Bau von Frei- und Hallenbädern in kombinierter Form;

— Förderung des Baues von Jugendgruppenräumen in Verbindung mit Sportanlagen;

— mehr Mittel zur Unterhaltung und Erneuerung bestehender Sportanlagen;

— stärkere Berücksichtigung der Wünsche der Sportvereine bei der Planung und Unterhaltung von Schulturnhallen;

— Bereitstellung geeigneter Sportstätten als Freizeitanlagen für die Familie.

MA über Übungsleiterschule, 2.12.68

MA über Ausbau des Olympiastadions, 23.9.69

Antrag zur Überlassung von Schulsporteinrichtungen an Sportvereine, 4.6.70

X. Jugend

82 Grundsätze

Es ist notwendig, daß die junge Generation an der demokratischen Entwicklung unserer Stadt stärker mitarbeitet.

Jugendpolitik der CDU ist ein Angebot an die Jugend zur Mitarbeit und Mitverantwortung. Jugendpolitik darf Jugend nicht reglementieren.

Politische Bildungsarbeit innerhalb und außerhalb der Schule ist eine der Voraussetzungen, um junge Menschen an die politische Mitverantwortung heranzuführen.

Die CDU Berlin hält eine nachdrückliche Förderung der Jugendorganisationen für erforderlich.

Die CDU Berlin fordert:

— Das Fach Gemeinschaftskunde an den Schulen ist aufzuwerten. Die Unterrichtskonzeption muß sich stärker am politischen Konflikt orientieren als an der formalen Darstellung demokratischer Institutionen;

— die politische Bildungsarbeit durch die Volkshochschule, in den Jugendheimen und den Jugendverbänden ist zu intensivieren.

83 Jugendverbände

Für eine erfolgreiche Jugendarbeit ist die Mitwirkung der Jugendverbände von entscheidender Bedeutung.

Die CDU Berlin tritt für eine angemessene finanzielle Ausstattung der Jugendverbände — einschließlich der kleineren, förderungswürdigen Verbände — ein. Sie befürwortet die besondere Unterstützung der ehrenamtlichen Jugendarbeit.

KA über Förderungswürdigkeit von Jugendverbänden, 27.2.68

84 Freizeit

Die wachsende Freizeit kommt auch der jungen Generation zugute. Sie stellt Staat und Jugendverbände vor neue Aufgaben. Nach Auffassung der CDU hat die Gesellschaft die Pflicht, der jungen Generation bei der Gestaltung ihrer Freizeit behilflich zu sein.

Die CDU Berlin sieht die Anleitung der Jugend zu einer sinnvollen Freizeitgestaltung als eine der wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft an. Sie ist dafür, daß Jugendheime als offene Begegnungstätten dienen. Ehrenamtlichen Jugendhelfern ist durch bezahlten Sonderurlaub die Weiterbildung zu ermöglichen.

85 Betreuungseinrichtungen

Die CDU hält die Bereithaltung ausreichender Betreuungseinrichtungen für ein wichtiges familien-, sozial- und wirtschaftspolitisches Problem.

Die CDU Berlin fordert mehr Jugendbildungs-, Jugendfreizeit- und Kinderbetreuungseinrichtungen.

In Neubaugebieten muß die Fertigstellung derartiger Einrichtungen mit der allgemeinen Bauentwicklung Schritt halten.

Die CDU Berlin fordert räumlich ausreichende und zeitgemäße Erziehungsheime, insbesondere auch Kinder- und Jugendheime mit heilpädagogischer Zielsetzung. Die CDU Berlin hält eine Verbesserung der Sozialarbeit in der Jugendstrafanstalt und der Jugendarrestanstalt mit dem Ziel eines größeren Einflusses der Sozialarbeiter auf den Strafvollzug bei Jugendlichen für erforderlich. Hierzu gehört auch eine bessere personelle Ausstattung an den genannten Einrichtungen und ein größerer finanzieller Anreiz für diese Berufsgruppe.

Antrag über die pädagogische und personelle Situation in den geschlossenen Einrichtungen der Jugendhilfe, 27.3.69

86 Spielanlagen

In Berlin besteht ein Fehlbedarf an Spielanlagen, insbesondere an Tummel- und Knödelplätzen. Die Neuanlage derartiger Einrichtungen steht in keinem angemessenen Verhältnis zur Zahl der Neubauten.

Die CDU Berlin fordert:

Mehr Tummel- und Abenteuerspielplätze. In der Berliner Bauordnung sollte eine Verpflichtung für die Einrichtung von Spielplatzanlagen verankert werden. Rasenflächen sollten großzügiger als Liege- und Spielwiesen zur Verfügung stehen.

KA über Benutzung von Rasenflächen, 12.6.69

IX. Sport

78 Bedeutung des Sports

Die Bedeutung des Sports für die Gesellschaft und für den einzelnen kann nicht hoch genug eingeschätzt werden.

In der modernen Gesellschaft erfüllt der Sport erzieherische, gesundheitliche und soziale Aufgaben.

79 Schulsport

Der Sport in der Schule wird nicht genug gefördert. Unterrichtskürzungen erfolgen oft auf Kosten des Sportunterrichts. Ausgebildete Sportlehrer werden zu wenig eingesetzt. Ein moderner, differenzierter Unterricht ist oft nur in bescheidenem Umfang möglich. Die schulische Leibeserziehung hat bisher den Fragen der Talentsuche und der Talentförderung wenig Beachtung geschenkt.

Die CDU Berlin tritt nachdrücklich für eine möglichst breit angelegte Förderung des Sports ein.

Die CDU Berlin will den Schulsport stärker fördern. Sie will bis 1973 die organisatorischen und personellen Voraussetzungen für einen erweiterten Schulsport schaffen. Im einzelnen fordert sie:

— im 1. und 2. Schuljahr die tägliche Bewegungszeit;

— freiwillige Arbeitsgemeinschaften und Neigungsgruppen für Schüler aller Grund- und Sonderschulen;

— Weiterführung der Leistungsgruppen für Schüler der 5. bis 10. Klassen in besonderen Sportarten;

— Einrichtung einer Oberschule mit sportlichem Schwerpunkt und Bau der notwendigen Übungsstätten;

— verbesserte Ausbildungsbedingungen für Sportstudenten;

— Einsatz hauptamtlicher Fachberater für Leibeserziehung;

— Anrechnung der Beteiligung an außerplanmäßigen schulischen Sportveranstaltungen auf die Pflichtstunden der Lehrer;

— eine zusätzliche Schulratsstelle für Sport;

— Bereitstellung von Haushaltsmitteln für Honorare, Geräte und Sachkosten der außerplanmäßigen schulischen Leibesübungen;

— die 3. Sportstunde für die Oberstufe der Gymnasien.

Die CDU Berlin will regelmäßige Leibeserziehung an allen Berufsschulen erreichen.

Die CDU Berlin wird für eine enge Zusammenarbeit von Schulen und Sportvereinen zur Förderung des Breiten- und Leistungssports eintreten.

Die CDU Berlin schlägt vor:

— die Verbände und Vereine beim Aufbau einer wirkungsvollen Organisation und Verwaltung zu unterstützen, wozu auch gehören sollte, je nach Größe des Vereins haupt- und nebenamtliche Verwaltungskräfte bereitzustellen;

— für einen vielschichtigen Übungsbetrieb die erforderlichen haupt- und nebenamtlichen Leiter auszubilden und angemessen zu besolden.

80 Sportvereine

Die Arbeit in den Sportvereinen ist ein wichtiger Bestandteil des freien Sports. Sie könnte durch besoldete Kräfte jedoch wirksamer unterstützt werden. So wäre ein vielfältiges Angebot für Menschen aller Altersstufen und unterschiedlicher körperlicher Leistungsfähigkeit im Sport zu erreichen.

XI. Familie

87 Elternrecht

Die Familie ist die erste und wichtigste Gemeinschaft für den Menschen, für die Gesellschaft und für den Staat. Schutz und Förderung der Familie müssen ein unantastbares Prinzip der innerstaatlichen Ordnung sein.

Familienpolitik ist für die CDU Teil der Gesellschaftspolitik. Sie ist nicht vorrangig nur Fürsorge- oder Bevölkerungspolitik; sie soll vor allem die soziale Chance des Kindes bessern.

Die CDU Berlin vertritt die Auffassung, daß das Recht der Eltern zur Erziehung ihrer Kinder gewährleistet werden muß.

Es muß aber auch der Schutz der Kinder vor Kriminalität und vor Mißbrauch der elterlichen Gewalt verstärkt werden.

Die CDU Berlin hält die Fertigstellung einer Strukturanalyse über die Berliner Familie und ihre Situation für vordringlich.

KA über Elternrecht, 28.7.68

MA über Schutz der Kinder, 23.10.69

Antrag über Strukturanalyse der Berliner Familien, 6.5.70

88 Familie und Wohnen

Die Bereitstellung familiengerechter Wohnraums ist und bleibt ein besonders wichtiges Anliegen.

Die CDU Berlin hält eine gezieltere Wohnungsvergabe und die Förderung minderbemittelter Familien bei der Bereitstellung von Wohnraum für erforderlich.

Der Bau von „Gespannwohnungen“ ist nachdrücklich zu fördern, um durch das Mit- und Nebeneinander von jung und alt in getrennten Wohnbereichen eine sinnvolle familiäre Zusammenarbeit unter Beibehaltung der jeweiligen Eigenständigkeit zu ermöglichen.

Die CDU Berlin fordert unter den gegenwärtigen Umständen für Berlin einen besonderen Wohngeldzuschuß.

Die CDU Berlin fordert:

— die verstärkte Bereitstellung angemessener Wohnungen für junge und kinderreiche Familien;

— steuerliche Vergünstigungen für die jungen Familien;

— die Einführung eines Kinderpasses für kinderreiche Familien mit der Berechtigung der verbilligten Benutzung von Verkehrsmitteln, Bädern und anderen öffentlichen Einrichtungen;

— eine ausreichende Anzahl von Plätzen in Kindertagesstätten.

MA über Ferienpässe für Berliner Schüler, 12.6.69

90 Familie und Erholung

Es erscheint für künftige Arbeitszeitregelungen wichtiger, den Urlaub zu verlängern als die Arbeitszeit zu verkürzen.

91 Die berufstätige Mutter

Die Doppelbelastung der Mutter in Familie und Beruf muß anerkannt werden. Dabei geht es nicht nur um die besondere Schutzbedürftigkeit und gesetzliche Gleichberechtigung der Frau, sondern auch um soziale Chancengleichheit.

Die CDU Berlin fordert:

- mehr Möglichkeiten zur familienerhaltung bei individueller Gestaltung des Familienurlaubs.
- die Bemühung der Kirchen und der Organisationen, bei der Durchführung von Familienferien zu helfen, zu unterstützen.

Die CDU Berlin fordert für die Frau im Beruf insbesondere:

- den Abbau der Leichtlohngruppen;
- bessere Aufstiegsmöglichkeiten;
- Regelung sozialrechtlicher Besonderheiten bei Teilzeitbeschäftigung;
- Maßnahmen zur Erleichterung der Rückkehr ins Berufsleben.

Die CDU Berlin fordert, daß die Mutter durch eine finanzielle Unterstützung in die Lage versetzt wird, in den ersten acht Lebensmonaten des Kindes auf eine Erwerbstätigkeit zu verzichten.

XII. Der ältere Mensch

92 Der ältere Mensch

Die Sorge um die älteren Bürger ist für die Gesellschaft eine selbstverständliche Verpflichtung. Neben der materiellen Sicherung des alten Menschen kommt es vor allem auf seine bessere Integration in unsere Gesellschaft an.

Es ist darauf zu achten, daß die Selbstverantwortlichkeit des älteren Bürgers, sein Selbstbewußtsein sowie das Gefühl, immer noch ein wertvolles Mitglied der Gesellschaft zu sein, erhalten bleiben.

Wegen der Bedeutung der Probleme unserer älteren Mitbürger und im Hinblick auf die außergewöhnliche Altersstruktur in Berlin legt die CDU Berlin gesonderte Leitsätze vor.

Folgende Aufgaben hält die CDU Berlin für vordringlich:

- Gründung von Arbeitsgemeinschaften für Beratungs- und Koordinierungsaufgaben unter Beteiligung der Verbände der freien Wohlfahrtspflege;
- vermehrten Bau von altersgerechten Wohnungen, auch Gespännwohnungen;
- ausreichende Bereitstellung moderner Altenwohnheime;
- Modernisierung der städtischen Altenheime in der Weise, daß sie den heutigen Wohnansprüchen gerecht werden;
- vermehrte Ausbildung und verstärkten Einsatz von Altenpflegerinnen und Beschäftigungstherapeuten;
- Ausbau eines Systems von Dienstleistungen und Betreuungsmöglichkeiten schon im Altenwohnheim, um nach Möglichkeit einen Heimwechsel zu vermeiden;
- weitere Einrichtung von Diätmittags-tischen sowie die Einrichtung von Sonderheimen für Stoffwechselkranke;
- Vermittlung von Teilzeitarbeit;
- Errichtung von Altenwerkstätten;
- subsidiäre Förderung von Seniorenklubs;

— ein vielfältiges Angebot auf dem kulturellen Sektor.

Leitsätze der CDU Berlin:
„Unsere älteren Mitbürger“ —
Aufgabe und Verpflichtungen,
20. 11. 70

KA Bau von Altenwohnheimen, 16. 12. 1968

KA über Leitungspersonal in städtischen Altenheimen, 28. 5. 70

Antrag über Überwachung der gewerblichen Altenheime, Altenwohnheime und Pflegeheime, 24. 11. 67

MA über Verpflegungssätze in Altenheimen, 21. 9. 67

XIII. Soziale Hilfen

93 Soziale Hilfen

Im Sozialbereich gilt der Grundsatz der partnerschaftlichen Behandlung von Hilfesuchenden. Sozialleistungen müssen so bemessen sein, daß sie dem Betroffenen ein menschenwürdiges Leben ermöglichen.

Die CDU Berlin tritt dafür ein, daß die Sozialverwaltung in den Bezirken in ihrer Organisation, Arbeitsmethode und Struktur den heutigen Erfordernissen der Gesellschaft angepaßt wird. Der fürsorgliche Dienst ist im Verhältnis zur Verwaltung neu zu ordnen.

Die CDU Berlin wird sich dafür einsetzen, daß die Regelsätze der Sozialhilfe stets den Lebenshaltungskosten angepaßt werden.

Die CDU Berlin hält ausreichende Hilfen für Einkommensschwache, insbesondere auch angemessene Weihnachtsbeihilfen, Brennstoffhilfen oder sonstige einmalige Zuwendungen bei besonderen Notlagen für zwingend erforderlich.

Im Rahmen des geltenden Sozialhilferechts wird sich die CDU Berlin besonders um eine Anhebung des Mehrbedarfs für ältere Bürger bemühen. Die CDU Berlin wird sich dafür einsetzen, daß die Lastenausgleichleistungen den Geschädigten schneller ausgezahlt werden. In gleicher Weise strebt die CDU Berlin ein besseres Verfahren für die Häftlingshilfe an.

Forderung im Sozialausschuß des Abgeordnetenhauses von Berlin, Frühjahr 1970

KA über Rentenerhöhung, 20. 12. 1967

94 Obdachlosenhilfe

In unserer Stadt gibt es — wie überall — Familien, die unverschuldet in Not geraten und dadurch obdachlos sind.

Nach jahrelanger Untätigkeit des Senats zeichnet sich jetzt eine Reorganisation der Obdachlosenhilfe ab, mit der jedoch noch nicht in vollem Umfang eine zweckentsprechende Lösung erreicht wird.

Die CDU Berlin hält eine weitere Verbesserung der Obdachlosenhilfe für erforderlich, hierbei insbesondere:

- die Beschaffung von Wohnungen für wiedererlingliederungsfähige oder nicht rezualisierungsbedürftige Familien;
- die Schaffung bestimmter Obdachlosenheime unter Berücksichtigung der Familienverhältnisse und des Grades der Anpassungsfähigkeit.

Die CDU Berlin fordert außerdem die Gewährung öffentlicher Mittel an die Verbände der freien Wohlfahrtspflege für eine entsprechende Obdachlosenfürsorge. Dabei ist an eine Stiftung gedacht, die staatlich subventioniert wird und die bei gegebener Würdigkeit und Bedürftigkeit im Billigkeitswege Leistungen gewährt.

KA über Obdachlosenstatistik, 11. 5. 1967

95 Rehabilitation

Die Wiedereingliederung körperlich oder geistig Behinderter in den Arbeitsprozeß und in die Gesellschaft gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Sozialpolitik.

Es muß dafür gesorgt werden, daß auch die schwächeren Glieder unserer Gesellschaft ihre Kräfte und Fähigkeiten entfalten können und einen angemessenen Platz in ihr finden.

Die CDU Berlin fordert:

- verstärkten Ausbau von Rehabilitationsmöglichkeiten im sozialen und medizinischen Bereich;
- Zusammenfassung aller Möglichkeiten in einem allumfassenden Rehabilitationszentrum;
- in verstärktem Umfang mit staatlicher Förderung Arbeitsmöglichkeiten für solche Personen zu schaffen, die auf Grund ihrer körperlichen und geistigen Behinderung am Arbeitsmarkt nicht zu vermitteln sind (geschützte Werkstätten);
- besonders vordringlich die Errichtung eines Gemeinde- und Kulturzentrums für Gehörlose.

Antrag zur Lage der Körperbehinderten in Berlin, 22. 10. 70

XIV. Bau- und Wohnpolitik

96 Grundsätze

Die jetzige Wohnungs- und Mietpolitik weist aktuelle Notlagen und Ungerechtigkeiten auf.

Wohnungspolitik muß das Ziel haben:

1. die berechtigten Belange des Mieters zu sichern;
2. die Eigentumsbildung zu fördern;
3. die Wirtschaftlichkeit des Wohnungswesens anzustreben.

Das langlebige, teure und lebensnotwendige Wirtschaftsgut „Wohnung“ ist baulich, rechtlich, sozial und wirtschaftlich in eine Konzeption einzubeziehen, die — nach Übergangsstadien — auch dem gesellschaftlichen Zukunftsbild entspricht.

In der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft soll der Mieter das Recht erhalten, auf seinen Wunsch die von ihm bewohnte Wohnung zu kaufen.

Die CDU Berlin geht von folgenden Grundsätzen aus:

Wohnung muß dem einzelnen und der Familie die Möglichkeit zu abgesonderter und ungestörter Entfaltung der Persönlichkeit bieten. Innerhalb der Wohnanlage der Siedlung oder des Wohnbereichs müssen Möglichkeiten lebendiger nachbarlicher Beziehungen der Bewohner aller Altersschichten geschaffen werden.

Öffentliche Flächen und Gebäude sollen mehrfach genutzt werden können.

Familienheime und Wohnungseigentum für jedermann sind als Elemente der räumlichen, gesellschaftlichen und psychologischen Stabilisierung bevorzugt zu fördern. Sie müssen für jeden erschwinglich sein. Ein besonderes Kreditprogramm muß die Beschaffung des Eigenkapitals erleichtern. Die Kosten des Fremdkapitals sind durch zinsverbilligte Landesbaudarlehen zu senken. Familiengerechte Wohnungsplanung erfordert größere und differenziertere Wohnflächen.

Der öffentlich geförderte Wohnungsbau ist als zeitlich unbegrenzter gesellschaftspolitischer Auftrag des Staates anzuerkennen.

Das Problem der fehlbelegten Sozialwohnungen ist endlich gerecht zu lösen. Ein jährliches Vorratskontingent an modernen Sozialwohnungen über den bestehenden Bedarf hinaus für Alleinwohnende, in Arbeiterwohnheimen Untergebrachte, für Familien und Heiratswillige in Neubauten gewerbenaher Stadtbezirke ist politisches Gebot.

Richtungsweisende Bauten sollen besonders gefördert werden, wenn sie ausgestattet sind mit Schallschutz, Wärmeschutz und anderen biologischen Schutzfunktionen.

Der Bauwirtschaft ist ein Anreiz zu bieten, durch industrielle Fertigungsmethoden variationsreiche Wohnungsplanung zu ermöglichen.

Außerdem ist die Forschung für einen besseren und billigeren Wohnungsbau wesentlich zu verstärken. Dies gilt sowohl für Neubauten als auch für die Sanierung von Altbauten.

Die jetzigen volkswirtschaftlich untragbaren Winterpausen sind durch Förderung des Winterbaues mittels erleichterter Gewährung von Zuschüssen zu überwinden.

97 Modernisierung

Die erleichterte Durchführung volkswirtschaftlich sinnvoller Modernisierung von Altbauten kann spürbar zum Abbau des Nachholbedarfes an Neubauten beitragen. Es erscheint unwirtschaftlich, seit Jahren hohe Beträge für Neubauten aus öffentlichen Mitteln aufzuwenden und gleichzeitig den modernisierungswürdigen Altbau verkommen zu lassen. Die dem Altbau bisher genehmigten Mieterhöhungen erscheinen als Zusatzrendite zu hoch, als wirkliche Modernisierungshilfe zu gering.

Die CDU Berlin fordert:

Modernisierung und Instandsetzung von Altbauten ist bei Wirtschaftlichkeitsnachweis gleichrangig mit dem sozialen Wohnungsbau durch öffentliche Mittel zu fördern.

Die Mietpreisbindung für die Gesamtmiete aus Ursprungsbetrag und Modernisierungszahlung gilt mindestens für die Laufzeit der öffentlichen Subventionierung.

Die Voraussetzungen für Modernisierungswürdigkeit und die daran geknüpfte öffentliche Subventionierung müssen in einem veröffentlichten Katalog ihrem Umfang nach beschrieben werden. Behördliche Wohnungsaufsicht und -pflege sind rechtlich zu erleichtern.

98 Sanierung

Sanierung tut in Berlin an vielen Stellen aus sozialen, hygienischen und allgemein gesellschaftspolitischen Gründen not. Sie bedarf vorausschauender Planung.

Die CDU Berlin ist der Auffassung:

Private Umlegungszusammenschlüsse sind behördlich durchgeführter Sanierung vorzuziehen.

Spekulationsgewinne bei Sanierungen sind gesetzlich abzuschöpfen. Für Alteigentümer sollen an Stelle neuen Splittereigentums an Parzellen ideelle Bodenanteile gewährt werden.

99 Soziales Mietrecht

Der Mangel der Berliner Wohnungswirtschaft hat in der großen Zahl überalterter und schlecht ausgestatteter Wohnungen seine Ursachen. Die angemessene Wohnung ist für den Wohnungsinhaber oder für den Wohnungsuchenden nutzlos, wenn er die zu zahlende Miete nicht aufbringen kann.

Da der Wohnungsmarkt entgegen den Ergebnissen statistischer Fortschreibung auf absehbare Zeit vom qualifizierten Angebotsmangel gekennzeichnet sein wird, sind häufig Versuche eines unverhältnismäßigen Marktlagegewinns festzustellen.

Die CDU Berlin fordert:

Für die Einführung des sozialen Mietrechts ist eine der Lage unserer Stadt angemessene Vorbereitungsphase sorgfältig auszuarbeiten und gesetzlich zu verankern.

Die zulässigen Mieterhöhungen müssen nach katalogisierten Qualitätsmerkmalen gestaffelt sein.

Die Sozialklausel des sozialen Mietrechts ist zu verbessern, um dem Mieter einen besseren Schutz vor unberechtigten Kündigungen zu geben. Wohnungsknappheit darf nicht zu belastenden Klauseln in den Mietverträgen führen. Der Gesetzgeber muß dafür sorgen, daß solche Klauseln unwirksam bleiben.

Mietwucher bei Miet- und Untermietverhältnissen muß zeitgemäßer und praxisnäher bekämpft werden.

Als Mittel zur Erreichung eines automatischen Marktregulativs ist ein begrenztes Überangebot an Wohnungen gezielt anzusteuern.

Antrag über Darlehen für den Erwerb von Familienheimen und Eigentumswohnungen, 13. 7. 67

Antrag über die Einführung des „Weißen Kreises“, 23. 10. 69

XV. Innere Sicherheit

100 Festigung der Demokratie

Feinde der Demokratie bedrohen die demokratische Ordnung und damit unser aller Freiheit. Ihnen muß stärker entgegengetreten werden. Ein formales Bekenntnis zur Demokratie allein genügt hier nicht. Unsere Ordnung kann nur durch Bereitschaft zur aktiven Auseinandersetzung mit allen antidemokratischen Kräften wirkungsvoll gesichert werden.

Die CDU Berlin fordert:

Wer gegen die freiheitliche Grundordnung auftritt, darf nicht im öffentlichen Dienst stehen. Der Senat, die Verwaltung und die öffentlich-rechtlichen Einrichtungen des Landes Berlin müssen dies bei ihren personellen Entscheidungen stärker als bisher berücksichtigen.

Die Subventionierung verfassungsfeindlicher und gesetzwidriger Aktionen aus öffentlichen Mitteln muß aufhören. Bei nachträglicher Feststellung solcher Zweckentfremdung staatlicher Mittel sind diese von den Verantwortlichen zurückzufordern.

Das Vertrauensverhältnis zwischen Bürger und Verfassungsschutz muß gestärkt werden.

Personen, die durch Aktionen radikaler Kräfte besonders gefährdet sind, brauchen wirksamen Schutz.

Die Freiwillige Polizeireserve muß intensiver gefördert werden. Sie verkörpert den Willen vieler Bürger, den demokratischen Staat und seine Ordnung mit persönlichem Einsatz zu schützen.

GA über die Gefährdung von Sicherheit und Ordnung in Berlin, 8. 6. 67

Antrag der CDU Berlin über Verteidigung des demokratischen Staates, 9. 5. 68

101 Katastrophenschutz

Im Falle einer Katastrophe hat jeder Bürger Anspruch auf Schutz und wirksame Hilfe.

Die CDU Berlin unterstützt alle Bemühungen, ein modernes System der Gefahrenabwehr zu schaffen.

Die CDU Berlin fordert, die Zivilschutzplanung in Berlin zügig und konsequent auszubauen.

MA über die Ausstattung der Berliner Feuerwehr, 11. 5. 67

102 Demonstrationsrecht

Demonstrationen und Versammlungen sind eine für eine Demokratie unentbehrliche Form der Meinungsäußerung. Es ist daher unerlässlich, sie aus dem Zwielicht herauszubringen, in das sie durch mißbräuchliche Übergriffe antidemokratischer und anarchistischer Kreise geraten ist.

Die CDU Berlin fordert:

Durch Gesetz ist festzulegen, daß die Veranstalter die Gewähr für gesetzmäßigen Ablauf einer Demonstration geben müssen. Er ist insbesondere durch Ordner sicherzustellen. Wer bei Demonstrationen Körper- oder Sachschaden erleidet, hat außer gegen den Täter auch gegen den Veranstalter Anspruch auf Schadenersatz, sofern diese nicht die notwendigen Vorsorge- und Abwehrmaßnahmen zur Verhinderung von Schäden getroffen haben.

GA über Demonstrationsschäden, 20. 5. 70

103 Bekämpfung der Kriminalität

Mit Sorge betrachtet die CDU Berlin das ständige Steigen der Kriminalität bei gleichzeitig sinkender Aufklärungsquote. Dieser Entwicklung muß Einhalt geboten werden. Neben pädagogischer und publizistischer Einwirkung sind Reformen im Bereich von Strafverfolgung und Polizei notwendig.

Die CDU Berlin fordert:

Das Strafrechtsverfahren muß überprüft werden mit dem Ziel, Möglichkeiten der Prozeßverschleppung und der mißbräuchlichen Ausnutzung von Verfahrensrechten abzubauen.

Die mit der Strafverfolgung befaßten Justiz- und Verwaltungsstellen sind angemessen zu verstärken.

Die Polizei ist von Nebenaufgaben wie Überwachung von Parkuhren und Aufnahme von Bagatelldelikten zu entlasten. Die technische Ausrüstung der Polizei ist zu verbessern durch:

Einführung eines bundeseinheitlichen Systems der elektronischen Datenverarbeitung für die Sammlung und Auswertung von Erkenntnissen über Straftaten,

Anschluß der Berliner Kriminalpolizei an dieses Datensystem,

Einrichtung des innerstädtischen Bildfunks,

zielstrebige Erweiterung der technischen Ausrüstung entsprechend den technischen Möglichkeiten.

MA über Maßnahmen gegen rivalisierende Banden, 9. 7. 70

KA über Verbrechensbekämpfung, 17. 12. 68

KA über Aktivitäten von Jugendbanden, 18. 6. 68

104 Ein modernes Berufsbild für unsere Polizei

Die Bedrohung unserer Gesellschaftsordnung durch radikale Gruppen und durch steigende Kriminalität stellt die Polizei vor besondere Aufgaben. Der Polizeidienst ist schwerer geworden. Er muß attraktiver werden. Eine der Verantwortung entsprechende Besoldung, eine Neuordnung des Laufbahnrechts und eine verbesserte Ausbildung unter Berücksichtigung des modernen Berufsbildes der Polizei sind notwendig.

Die CDU Berlin fordert:

— Eine „Besoldungsordnung Polizei“ ist zu schaffen.

— dabei sind die erhöhten Anforderungen des Polizeidienstes zu berücksichtigen. Für die Schutz- und Kriminalpolizei ist nur noch eine zweigeteilte Laufbahn vorzusehen.

— Die Möglichkeit einer ständigen berufsbegleitenden Weiterbildung für alle Polizeibediensteten muß geschaffen werden.

— Jeder befähigte Polizeibeamte muß die Möglichkeit erhalten, die Polizeihochschulreife zu erwerben und sich über ein Prädikatsexamen für ein Polizeistudium an einer Polizeihochschule oder für ein sonstiges Studium an der Universität zu qualifizieren.

— Alle Examina an polizeilichen Bildungsstätten sind den Prüfungen an entsprechenden allgemeinen Schulen oder Hochschulen gleichzustellen. Dabei muß die Gleichheit der Anforderungen der Gleichheit der Chancen entsprechen.

— Exekutivbeamte, denen die Ausübung ihres Dienstes aus zwingenden Gesundheitsgründen oder aus sonstigen unaußweichlichen Gegebenheiten nicht mehr möglich ist, sind unter Wahrung ihres sozialen Besitzstandes auf Antrag in die allgemeine Verwaltung zu übernehmen. Die berufsbegleitende Weiterbildung muß dem Rechnung tragen.

Antrag über die Verbesserung des Stellenkegels der Exekutivbeamten der Berliner Polizei, 1. 10. 70

MA über Alarmzulage, 12. 6. 68

XVI. Gesunde Wirtschaft

105 Zielsetzung

Wachstumsraten des Sozialproduktes in gleicher Höhe, wie sie im Durchschnitt des Bundesgebietes verzeichnet werden, reichen nicht aus, den großen Rückstand zu überwinden, den die Berliner Wirtschaft seit Beendigung der Blockade 1949 gegenüber der Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland insgesamt aufzuholen hat.

Ziel der Wirtschaftspolitik der CDU Berlin ist es, den Lebensstandard der Berliner Bevölkerung ständig anzuheben, und zwar in dem gleichen Maße, in dem das Wohlstandsniveau der Großstädte und Ballungsgebiete der Bundesrepublik sich erhöht.

106 Allgemeine Gewerbeförderung

Die räumlich enge Begrenzung des Stadtgebietes und die schnelle Ausschöpfung des Arbeitsmarktes erfordern neue Maßstäbe für die Gewerbeförderung.

Die CDU Berlin fordert:

Produktivitätsfortschritt und Wachstumschancen müssen mehr als bisher Merkmale für die Förderung von Unternehmen und Einrichtungen sein.

107 Strukturplan

Der wirtschaftliche und gesellschaftliche Fortschritt bedingt Wandlungen der Wirtschaftsstruktur. Eine zukunftsorientierte Strukturpolitik hat die ständige Erhöhung des Sozialproduktes in qualitativer und quantitativer Hinsicht zu sichern.

Die geforderte Strukturplankommission soll:

— eine Untersuchung über Wachstumsmöglichkeiten von Gewerbebranchen anstellen;

— Aussagen über Ansiedlungs- und Fortentwicklungsmöglichkeiten wachstumsintensiver Gewerbebranchen oder Unternehmen formulieren.

Sie setzt sich zusammen aus Vertretern der Wissenschaft, Vertretern der Wirtschaft und Vertretern der öffentlichen Verwaltung.

Die Kommission ist an den Entscheidungen über Förderungsmaßnahmen zu beteiligen.

Die CDU Berlin fordert:

— neue Technologien, ihre Erforschung wie ihre praktische Anwendung sind durch Bereitstellung von Mitteln aus dem öffentlichen Haushalt zu fördern.

108 Grundstücks politik

Die Flächen für gewerbliche Ansiedlungen in Berlin können nicht beliebig vermehrt werden. Im Sinne einer weit vorausschauenden Planung erscheint es wünschenswert, möglichst viele frei verfügbare Gewerbegrundstücke zentral zu erwerben und an förderungswürdige Unternehmen zweckgebunden zu veräußern.

Die CDU Berlin fordert:

— Der Grundstückshandel zum Zwecke gewerblicher Ansiedlungen muß von der hierfür ungeeigneten öffentlichen Verwaltung auf wirtschaftlich denkenden Organisationen übertragen werden.

— Die Tätigkeit der Gewerbesiedlungsgesellschaft ist generell auf den An- und Verkauf von Gewerbegrundstücken auszuweiten. Die Gesellschaft muß dazu unter modernem Management gestellt werden. Unternehmen, deren Betriebe eine besonders günstige Flächenproduktivität erwarten lassen, sollen beim Ankauf von Grundstücken bevorzugt werden. Die von der öffentlichen Hand zur Verfügung gestellten Grundstücke müssen optimal ausgenutzt werden.

Antrag über Unterbringung von Gewerbebetrieben unter Schnellstraßen und Stadtautobahnen, 12. 11. 70

109 Energiepolitik

Eine großzügige Energieplanung ist Voraussetzung für das Wachstum des produzierenden Gewerbes. Mehrfach kam es in der Vergangenheit zu Störungen der Energieversorgung unserer Stadt, da die Planung nicht den tatsächlich erzielten Zuwachsraten entsprach. Unsere Kraftwerke sind teilweise veraltet, und das Verteilernetz ist nicht genügend leistungsfähig.

Noch immer entstammt der weitaus größte Teil unserer Energieerzeugung den teuren fossilen Trägern Kohle und Öl, die eine Preisreduktion nicht zulassen.

Der Senat hat es nicht gewagt, moderne Erkenntnisse auf dem Gebiet der Energieerzeugung und -umwandlung in seine Planung einzubeziehen.

Die neueste Entwicklung auf dem Gebiet der Kerntechnik — insbesondere in der Kernforschungsanlage Jülich — macht den Bau von sicheren und wirtschaftlichen Kernkraftwerken auch für Berlin möglich.

Die CDU Berlin fordert:

— eine Erhöhung des Kapazitätsangebotes an elektrischer Energie und Gas für eine expandierende Wirtschaft;

— die Verstärkung und Modernisierung des innerstädtischen Verbundsystems durch die Verlegung leistungsfähigerer Kabel.

Die CDU Berlin wird sich dafür einsetzen, daß zum technisch frühestmöglichen Zeitpunkt in Berlin ein Kernkraftwerk errichtet wird.

Zu gegebener Zeit ist der Anschluß an ein Erdgasnetz anzustreben.

MA über Bau von Atomkraftwerken, 23. 1. 69
KA über Errichtung eines Hochtemperaturreaktors, 1. 12. 69
MA über ausreichende Gasversorgung in Berlin, 11. 6. 70

110 Investitionsförderung

Die bisherigen Förderungsmaßnahmen sind im Laufe von zwei Jahrzehnten zur Routine geworden, die Bearbeitungsmethoden haben sich verbürokratisiert. Auch langjährige Erfahrungen der mit Mehrheit in den Entscheidungsgremien tätigen Verwaltungsbeamten können unternehmerische Initiative und volkswirtschaftliche Beurteilung von Entwicklungsmöglichkeiten nicht ersetzen. Deshalb hält es die CDU Berlin für wünschenswert, neben dem bisher üblichen Programm einen zweiten Förderungsweg für Investitionshilfe zu bieten.

Eine Kapitalbeteiligungsgesellschaft soll Objekte prüfen auf Eignung der Produktionsaufnahme oder Weiterentwicklung in Berlin und insbesondere auf Wachstumschancen.

Bei positivem Ergebnis soll sie sich an diesen Projekten bzw. Unternehmen mit Kapitaleinzahlungen beteiligen.

Für diese Unternehmen wie auch für alle anderen, die sich ihrer Vermittlung bedienen wollen, soll sie als großer fach- und sachkundiger Partner mit den Verwaltungen, Kapitalsammelstellen im öffentlich-rechtlichen Sinne wie mit anderen Kreditinstituten zusammenarbeiten, sowohl im Sinne der herkömmlichen Finanzierung wie auch für die Auffindung neuer Förderungswege.

Die CDU Berlin fordert die Gründung einer Kapitalbeteiligungsgesellschaft, die sich sowohl auf Privatkapital als auch auf öffentliches Kapital stützt. Diese Gesellschaft soll Förderungsmöglichkeiten bieten für:

— die Auswertung von Erfindungen bis zur Serienreife;

— Ausbau von neuartigen Produktionen, für die Erfahrungswerte noch nicht vorliegen.

Sie soll ferner Unternehmen mit bereits bewährten Produktionen, die sich eines Beraters oder Treuhänders zur Finanzierung ihrer Investitionswünsche gegenüber den bereits bestehenden öffentlichen Instituten bedienen wollen, zur Verfügung stehen (ERP-Kredite, Bürgschaften, Eigenkapitalersatzfinanzierung).

Die CDU Berlin fordert eine Verstärkung des Berliner Anteils an ERP-Mitteln.

Die CDU Berlin schlägt vor, eine Zweigstelle der Kapitalbeteiligungsgesellschaft am Sitz der Europäischen Gemeinschaften in Brüssel und an anderen für Berlin wichtigen Finanzplätzen einzurichten. Dadurch ließen sich investitionswillige ausländische Kapitalgeber eher für Investitionen in Berlin interessieren.

111 Förderung des Handwerks und der mittelständischen Berufe

Zu einer entwicklungsfähigen Wirtschaft gehört der Mittelstand als ein unentbehrliches und verbindendes Element. Die Rationalisierung der Industrie verlangt ein funktionsfähiges Handwerk als Zulieferer. Auch mittelständische Betriebe können einen erheblichen Beitrag zum Wachstum des Sozialproduktes leisten. Die Nahversorgung der Bevölkerung mit Handwerksbetrieben ist für Neubaugebiete unerlässlich, muß jedoch insbesondere auch nach Sanierungsmaßnahmen für die Altbaugebiete stärker beachtet werden. Die in den bisher gültigen Richtlinien festgesetzten Höchstgrenzen der ERP-Kredite für den Mittelstand reichen sowohl nach den Preissteigerungen der letzten Jahre wie auch nach den erhöhten technischen Anforderungen an eine moderne Ausstattung nicht mehr aus.

112 Spezielle Maßnahmen der Förderung des Gewerbes

Maßnahmen der Kooperation und Koordinierung gelten dem gesamten Gewerbe in Berlin. Sie sind jedoch von ganz besonderer Bedeutung für Handwerk, Handel und andere mittelständische Betriebe zur Steigerung und Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit. Den Beratungseinrichtungen für Rationalisierung, Koordinierung und Kooperation war innerhalb der ohnehin bescheidenen öffentlichen Förderung eine Fülle von Hemmnissen in den Weg gelegt. Eine Festlegung von Programmen, gekoppelt mit dem Haushaltsansatz, anderthalb Jahre vor der praktischen Realisierung läßt sich mit den Bedürfnissen der schnelllebigen Wirtschaft nicht vereinbaren. Veraltete Richtlinien, nach denen die Zuschüsse bemessen werden, nehmen keine Rücksicht auf die Kostendeckung.

113 Förderungsmaßnahmen für die Arbeitnehmer

Technischer Fortschritt und der damit verbundene Strukturwandel sind auch für Berlin die Voraussetzungen für wirtschaftliches Wachstum und gesellschaftlichen Fortschritt. Der technische Fortschritt und Strukturwandel erfordern einen mit der Wirtschaftspolitik abgestimmten mobilen Arbeitsmarkt. Viele ältere Mitbürger und Hausfrauen würden gerne noch einen ihnen gemäßen Arbeitsplatz im Wirtschaftsleben unserer Stadt ausfüllen. Sie stellen eine wichtige Arbeitskräftereserve dar. Ihrer besonderen Situation muß jedoch Rechnung getragen werden. Arbeitskräfte, die in Berlin bleiben, oder nach Berlin kommen wollen, brauchen vor allem Wohnraum. Das möblierte Zimmer ist auch für jüngere Arbeitskräfte nur eine Übergangslösung. Die Notwendigkeit, westdeutsche Arbeitnehmer schnell und in angemessenem Rahmen unterzubringen, hat in der Vergangenheit zu Unertlichkeiten gegenüber der eingesessenen Bevölkerung geführt; insbesondere gegenüber jungen Wohnungssuchenden, die heiraten oder deren Familie sich vergrößert hat. Derzeit stehen Eigentumswohnungen in größerer Anzahl zur Verfügung. Vorübergehend auf diesen Bestand bei der Vermittlung von Wohnraum an auswärtige deutsche Arbeitskräfte zurückzugreifen, erscheint deshalb zweckmäßig. Zugewanderte Familien werden durch den Erwerb von Wohnungseigentum an Berlin gebunden.

114 Private Lagerhaltung, Güter- und Personenverkehr

Die besondere Lage Berlins erfordert eine Standortbedingungen gerecht werdende Lagerhaltung. Allgemein besteht der Eindruck, daß die Lagerhaltung des Handels in Berlin nicht ausreicht, so daß zu Zeiten sprunghaft erhöhter Nachfrage das Angebot unzureichend wird und unter Inkaufnahme längerer Lieferzeiten als in anderen Städten eingekauft werden muß. Bei Massengütern sind häufig Engpässe infolge von Schwierigkeiten der Interzonen-schiffahrt wegen Vereisung der Wasserwege oder Niedrigwasser im Sommer aufgetreten.

Schulungs- und Fortbildungsveranstaltungen der Selbstverwaltungsorgane der Wirtschaft, ihrer Verbände und Innungen sollen mehr als bisher durch Mittel aus dem öffentlichen Haushalt gefördert werden. Die Schulungen sollen sich besonders dem modernen Management und innerbetrieblicher Rationalisierung widmen. Die CDU Berlin fordert, die Bauträger großer Vorhaben anzuhalten, ausreichend Gewerberäume für Handwerk und Einzelhandel bereitzustellen. Eine Subventionierung der Mieten in Neubaugebieten ist unerlässlich, zumindest für Übergangszeiten. Ein Programm „Sozialer Gewerbebau“ soll die Ausstattung von Wohngebieten mit Handwerks- und Einzelhandelsbetrieben sicherstellen, wo es Unterbringungsmöglichkeiten in den miethilligen Altbauten nicht gibt. Wo es zweckmäßig ist, sollen diese auch in Gewerbezentren untergebracht werden. Für Sanierungsmaßnahmen ist mit Rücksicht auf die betroffenen Gewerbebetriebe ein Zeit-Stufenplan zu erstellen. Der Wiederaufbau aus Sanierungsgebieten verdrängter Handwerks- und Einzelhandelsbetriebe ist Vorrang einzuräumen. Mittelständische Betriebe sollen bei der Vergabe von Aufträgen der öffentlichen Hand durch verstärkte Berücksichtigung, z. B. bei beschränkten Ausschreibungen, gefördert werden. ERP-Investitionskredite für den Mittelstand sind den heutigen Preisen für zeitgemäße Betriebsausstattung anzupassen.

Die Maßnahmen sind in einem speziellen Programm von der Strukturplankommission festzulegen. Die Strukturplankommission soll an Hand ihrer Untersuchungsergebnisse zur praktischen Durchführung Beratungsinstitute beauftragen. Selbsthilfeeinrichtungen, die der Kooperation dienen, sollen besondere Kredit- und Steuerpräferenzen im Rahmen des Berlinförderungsgesetzes erhalten. Der Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung in Gemeinschaftseinrichtungen des Gewerbes ist als eines der wichtigsten Mittel der Kooperation zu fördern. Auch eine weitgehende Zentralisierung des Marketing mit gemeinsam betriebener Marktforschung und gemeinsam zu bildenden Vertriebsorganisationen werden als erfolgversprechende Maßnahmen der Kooperation angesehen. Die Beratungsinstitute sollen nach entsprechender Überprüfung durch die Strukturplankommission kostendeckende Förderung aus dem öffentlichen Haushalt erfahren. Durch flexiblere Gestaltung der Richtlinien soll im Haushaltsansatz nur ein Rahmen für die Förderungsprogramme gesetzt werden. Die einzelnen Maßnahmen müssen zeitnah, d. h. nach unmittelbarem Bedarf, in Zusammenarbeit zwischen Strukturplankommission und Beratungsinstituten abgestimmt werden.

Die CDU Berlin fordert:

- Eine Arbeitsmarktpolitik, die
 - ein ausreichendes und bedarfsgerechtes Angebot an lukrativen Arbeitsplätzen schafft;
 - einen mobilen Arbeitsmarkt gewährleistet;
 - den beruflichen Aufstieg ermöglicht und
 - zum wirtschaftlichen Wachstum beiträgt.
- Wir verlangen die frühzeitige Information über die Berufs- und Arbeitswelt in der Schule, die ständige Beratung der Berufstätigen und deren Arbeitgeber über die allgemeine Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und die speziellen Berufssituationen für den einzelnen durch das Landesarbeitsamt.
- Durch zusätzliche, unkonventionelle Werbeprogramme sind bereits im Ruhestand lebende Bürger und Hausfrauen verstärkt anzusprechen.
- Durch Abstimmung mit den Arbeitgebern sind dabei Arbeitsplätze auszusuchen, die für gelegentliche Mitarbeit, Halbtagsarbeit oder ähnliches unter Arbeitsbedingungen in Frage kommen, die den angesprochenen Personengruppen entsprechen.

Die CDU Berlin fordert:

- den verstärkten Bau unabhängiger Wohneinheiten für ledige Arbeitskräfte;
- den Werkwohnungsbau für Familien durch besondere Präferenzen zu Gunsten der Trägergesellschaften von Wirtschaftsunternehmen anzuregen.
- Als einzige Sondermaßnahme zur Unterbringung auswärtiger deutscher Arbeitskräfte wird eine Eigenkapitalersatzfinanzierung für die Beschaffung von Eigentumswohnungen gefordert.
- Im Vorgriff auf eine langfristig geplante Umstrukturierung im Wohnungswesen soll als Sofortmaßnahme zugunsten zu ziehender oder frisch zugezogener Arbeitskräfte eine Eigenkapitalersatzfinanzierung, bezogen auf 5000 Wohnungen, vorgesehen werden.

Die CDU Berlin fordert:

- die Steuerpräferenzen für zusätzliche private Lagerhaltung in Anlehnung an die Bestimmungen des BHG von 1962 wieder einzuführen.
- Eine flexiblere Handhabung der Bevorratung. Es soll in Zukunft leichter möglich sein als bisher, in Fällen von Transportschwierigkeiten größeren Ausmaßes einen kurzfristigen Rückgriff auf die Lager der Senatsbevorratung zu nehmen,
- die Bevorratung darf nicht auf Massengüter beschränkt bleiben, sondern sollte auf andere wichtige Güter der industriellen Fertigung ausgedehnt werden.
- Transportsubventionen bei lang anhaltenden Transportschwierigkeiten auf dem

MA über Berlinhilfe für den Mittelstand, 22. 6. 67

KA über Ansiedlung von Gewerbebetrieben, 9. 2. 70

Antrag über Wirtschaftsförderung, 12. 3. 70

KA über Entschädigungen für Räumungsbetroffene, 19. 2. 70

KA über Verbesserung der Leistungsfähigkeit des Taxigewerbes, 20. 1. 70

KA über die Tätigkeit privater Arbeitskräftevermittlungen in Berlin, 31. 7. 69

KA über Arbeitskräfte für mittelständische Betriebe, 14. 1. 69

KA über Wanderungsstatistik, 13. 6. 69

KA über Schwierigkeiten westdeutscher Arbeitnehmer in Berlin, 26. 6. 69

GA über die Versorgung Berlins mit Baustoffen, 13. 11. 69
Antrag über Braunkohlenversorgung, 12. 2. 70

Leider hat das alte Berlinhilfegesetz nur für die Jahre 1962 und 1963 versucht, unangemessene Mehrbelastungen des Berliner Handels durch erhöhte private Lagerhaltung auszugleichen.

Der Verzicht auf die Fortführung dieser Präferenzen hat zweifellos zu dem Abbau der privatwirtschaftlichen Lagerhaltung beigetragen.

Bei den geschilderten Schwierigkeiten des Transportes auf den Wasserwegen würden sich die Preise dieser Güter unverhältnismäßig und dazu noch kurzfristig erhöhen, wenn man auf andere Transportmittel als die Schifffahrt zurückgriffe, nämlich auf Bahn- oder Lkw-Transport.

Aus diesem Grunde ist dringend erforderlicher Nachschub in der Vergangenheit häufig unterblieben.

Die Gebührenerhebung im Interzonenverkehr bedeutet für Reisende wie Transportführer eine zusätzliche Belastung in der Abfertigung.

Zu einem Teil werden diese Gebühren aus dem Bundeshaushalt erstattet, jedoch unter größerem Zeit- und Verwaltungsaufwand; zum Teil aber werden sie immer noch vom Gewerbe getragen und damit über die Preisgestaltung auf den Konsumenten abgewälzt.

115 Finanzpolitik und Steuerpolitik

In der Finanzpolitik müssen langfristige Planungen den Maßstab für die Rangordnung der gesellschaftspolitischen Reformvorhaben bilden. Insbesondere sind alternative Lösungsmöglichkeiten und ein Rahmen für die Finanzierung aller Reformvorhaben abzustecken. Die Konjunkturpolitik des Bundes kann durch das Land Berlin noch wirksamer unterstützt werden.

116 Verbraucherpolitik

In einer expandierenden Wirtschaft, bei sich immer weiter ausäherndem Warenangebot und immer schwierigerer Technologie wird die Markttransparenz für den Verbraucher immer geringer. Wer Wettbewerb und Werbung innerhalb sozialer Marktwirtschaft will, muß zugleich mündige Menschen am Markt schaffen wollen. Er muß die Spielregeln der Marktwirtschaft auch für den Verbraucher bekanntmachen.

XVII. Verwaltungsreform

117 Der öffentliche Dienst

Organisation und Praxis der öffentlichen Verwaltung sind reformbedürftig. Ihre Aufgaben und die technologischen Erfordernisse haben sich gewandelt.

Eine Neuordnung des Rechts des öffentlichen Dienstes soll zusammen mit der Reform der Verwaltung erfolgen. Die CDU Berlin tritt für ein für Bund, Länder und Gemeinden einheitliches öffentliches Dienstrecht ein. Das Berufsbeamtentum muß erhalten bleiben, aber zugleich den Erfordernissen der gewandelten Verwaltungsaufgaben angepaßt werden.

Gleiche Aufgaben in der Verwaltung müssen zur einheitlichen Rechtsstellung der sie erfüllenden Angehörigen des öffentlichen Dienstes führen.

118 Grundsätze für den öffentlichen Dienst

Gegenwärtig entscheidet bei Einstellung und Beförderung im öffentlichen Dienst nicht immer die Leistung. Vielfach geben sachfremde parteipolitische Gründe bei der Besetzung von Verwaltungsstellen den Ausschlag. Das starre Laufbahnsystem bewirkt, daß tüchtige Bedienstete oft ihren Leistungen nicht entsprechend eingestuft werden können.

Wasserwege zum Kostenausgleich für die ersatzweise Benutzung teurer Verkehrswege, also Schienen und Straße.

— Gebühren im Interzonenverkehr sollen möglichst durch Pauschalleistungen aus den öffentlichen Mitteln abgegolten werden; das gilt auch für den Personenverkehr. Entsprechende Verhandlungen mit den Organen der „DDR“ sollen diesem allgemeinen Wunsche Rechnung tragen.

Die Eisenbahnstrecke Berlin—Helmstedt ist durch Ausbau der Gleisanlagen für einen schnellen und den modernen Ansprüchen entsprechenden Verkehr auszubauen.

Dasselbe gilt für den Ausbau des Wasserweges und die Modernisierung der Schleusenanlage des Mittellandkanals, auch im Hinblick auf die Anforderung des Container- und LASH-Verkehrs.

Die Einrichtung eines Air-Bus-Betriebes zwischen Berlin und Hannover wird gefordert.

Hin- und Rückflugkarten nach Hamburg und Nürnberg sollen in demselben Maß wie die Flüge nach Hannover verbilligt werden.

Die CDU Berlin fordert:

Die mittelfristige Finanzplanung des Landes Berlin und der Bezirke muß weiterentwickelt werden. Das hat unter besonderer Berücksichtigung struktureller Probleme zu geschehen.

Die Hebesätze der Gewerbesteuer sind zu senken. Die Bagatelsteuern sind abzubauen.

Finanzhilfen und Steuererleichterungen sind ständig auf ihre weitere Berechtigung hin zu überprüfen und durch ein einheitliches Verfahren im Land Berlin und im Bund übersichtlich und kontrollierbar zu gestalten.

Die Abschaffung der 5%igen Versicherungssteuer für alle bei Berliner Versicherungsgesellschaften getätigten Sachversicherungsabschlüsse ist zu prüfen.

Die Haushaltswirtschaft ist so elastisch zu gestalten, daß sie der jeweiligen konjunkturellen Situation angepaßt werden kann. Das erfordert Maßnahmen insbesondere bei den Haushaltsansätzen auf dem öffentlichen Bausektor und bei den investiven Ausgaben.

Die CDU Berlin fordert die Einrichtung einer „Deutschen Stiftung für Qualitätssteigerung, Verbraucherinformation und Warentest in Berlin“.

Die vor fünf Jahren in Berlin von der Bundesrepublik Deutschland gegründete Stiftung Warentest soll in privatrechtlicher oder öffentlich-rechtlicher Form zu einem Instrument ausgebaut werden, das diese Aufgaben auch finanziell voll wahrnehmen kann. Dabei soll zugleich die für den Steuerzahler kostspielige Subventionierung der verschiedensten Einrichtungen ähnlicher oder benachbarter Art unter einem Dach zusammengefaßt werden.

Die CDU Berlin fordert:

Bei Einstellung und Beförderung im öffentlichen Dienst sollen Eignung, Vor- und Fortbildung und Leistung allein maßgebend sein.

Die Anzahl derjenigen Ämter, für deren Inhaber eine über die allgemeine Loyalitätspflicht hinausgehende Übereinstimmung mit den Zielsetzungen der jeweiligen politischen Spitze berechtigterweise gefordert wird, ist ihrem wirklichen Bedürfnis entsprechend und unabhängig vom Rang des Amtes festzulegen und damit aber strikt und endgültig zu begrenzen.

Das starre Laufbahnsystem muß überwunden werden. Die Besoldung ist leistungsbezogen zu gestalten. Bei gleichen Leistungen müssen gleiche Bezüge gewährt werden. Die leistungsbezogene Besoldung wird ergänzt durch einen familienbezogenen Zusatzbetrag. Die Anfangsbezüge sollen den Endbezügen angenähert werden.

Die Beamten stehen im Dienst der Allgemeinheit. Mit dieser, auf das Allgemeinwohl gerichteten Tätigkeit ist ein Streikrecht unvereinbar. Der Beamte hat aber einen Anspruch darauf, daß Besoldung und Versorgung ständig der allgemeinen Entwicklung angepaßt werden.

MA über Berliner Flugverkehr, 13. 2. 1969

Antrag über Senkung der Gewerbesteuer, 16. 12. 70

KA über Fortbildung von Verwaltungsangehörigen, 12. 12. 68

119 Verwaltungsstruktur

Ziel der Verwaltungsreform ist auch eine veränderte Verwaltungsstruktur. Sie soll die Leistungsfähigkeit der Verwaltung steigern. Die heutige Verwaltung ist für den Bürger nicht übersichtlich genug. Die Zuständigkeiten sind oft unklar. Die Verwaltungsverfahren sind durch unnötige gesetzliche Festlegungen vielfach schwerfällig. Die Planung ist unzureichend.

Die CDU Berlin fordert:

Klare Zuständigkeiten mit funktionaler Abgrenzung. Das Ziel muß sein, einen Sachverhalt möglichst durch eine Verwaltung zu bearbeiten.

Die hierarchische Organisationsform muß durch Schwerpunktbildung sowie durch Gruppenarbeit über mehrere Fachbereiche hinaus überwunden werden. Teamarbeit und Delegation sind Formen moderner Verwaltungsführung. Zur Vermeidung von Fehlinvestitionen ist eine längerfristige Planung anzustreben. Bei der Durchführung von Großprojekten ist die Verwaltung an die festgelegte Planung grundsätzlich gebunden.

Durch Einführung von Erfolgskontrollen ist das Verhältnis von Aufwand und Nutzen in der Verwaltung ständig zu überprüfen.

Das Verwaltungsverfahren muß flexibel gestaltet werden. Dabei sind unnötige gesetzliche Festlegungen zu vermeiden.

Qualifizierte Fachkräfte sollen häufiger in Wirtschaft und Verwaltung wechselseitig eingesetzt werden können.

Im Interesse der Vermenschlichung der Verwaltung sollten Maßnahmen zur Verbesserung des Betriebsklimas verstärkt eingeleitet werden.

KA über Organisationsgutachten in der Berliner Verwaltung, 22. 2. 68

Antrag über die Abschaffung des unkoordinierten Auftrags von Straßenland, 12. 6. 69

Antrag über Bürokratie in den Verkehrsverwaltungen, 9. 10. 69

Antrag über Zuständigkeiten im allgemeinen Straßenverkehr, 25. 11. 69

MA über gleitende Arbeitszeit in der Berliner Verwaltung, 9. 4. 70

120 Die elektronische Datenverarbeitung in der öffentlichen Verwaltung

Die moderne Verwaltung verlangt neue technische Methoden. Dabei gewinnt die Nutzung der Möglichkeit der elektronischen Datenverarbeitung zentrale Bedeutung. Der Computer wird zum Mitarbeiter. Durch diese weitgehende Verwaltungsmodernisierung und -automation entstehen aber auch soziale Probleme für bestimmte Gruppen von Beschäftigten.

Die CDU Berlin fordert:

Der Dienstherr hat negative personelle Auswirkungen der Rationalisierung durch Sozialpläne zu beheben. Im Zuge des Aufbaus von Informationssystemen, insbesondere von Datenbanken, ist gegebenenfalls durch strafrechtliche Sanktionen sicherzustellen, daß der Freiheitsraum und die Privatsphäre des einzelnen nicht wesentlich beeinträchtigt werden.

Die CDU Berlin will

— die Umwandlung des Landesamtes für elektronische Datenverarbeitung in eine selbständige Zentrale für elektronische Datenverarbeitung. Der Aufgabenbereich dieser Zentrale soll alle Bereiche der öffentlichen Verwaltung umfassen.

— Die Zentrale für elektronische Datenverarbeitung soll den Einsatz der bestehenden EDV-Anlagen koordinieren.

— Alle in Berlin zu errichtenden Datenbanken sind mit in Bund und Ländern bestehenden oder zu schaffenden Datenbanken im Verbund aufzubauen.

Antrag über Neuaustrattung des Landesamtes für elektronische Datenverarbeitung mit EDV-Anlagen, 26. 11. 70

MA über technischen Fortschritt, 30. 5. 68

121 Reform der Bezirksverwaltung

Die Bezirksverwaltung als dezentralisierte Verwaltungseinrichtung muß nach bewährten Grundsätzen kommunaler Selbstverwaltung geführt werden. Es ist zu gewährleisten, daß Zuständigkeitsregelungen nicht dogmatisch festgeschrieben werden, sondern allein einer bürgernahen, schnellen, sachgerechten und wirtschaftlichen Aufgabenerfüllung dienen. Die Kommunalverfassung hat sich historisch so entwickelt, daß zunehmend alle Gruppierungen an der Verwaltung der Kommunen beteiligt worden sind. Gleichwohl hat die SPD in einigen Bezirken Beutepolitik betrieben und den Wählerwillen mißachtet.

Die CDU Berlin tritt für eine Änderung der Verfassung und der Gesetze mit dem Ziele ein, daß

— die Bezirksverordnetenversammlung die oberste Beschlußkompetenz innerhalb des Bezirks erhält,

— die Zahl der Bezirksamtsmitglieder auf sieben begrenzt wird,

— der Bezirksbürgermeister und der stellvertretende Bezirksbürgermeister auf Vorschlag der stärksten und der zweitstärksten Fraktion der Bezirksverordnetenversammlung gewählt werden,

— sämtliche Bezirksamtsmitglieder nach dem d'Hondtschen Höchstzahlverfahren entsprechend der Sitzverteilung der Fraktionen nach der Wahl im Zugriffsverfahren von den Fraktionen benannt werden.

Antrag über Änderung des Bezirksverwaltungsgesetzes und des Bezirksamtsmitgliedergesetzes, 28. 11. 68

XVIII. Justizreform

122 Vereinfachung des Verfahrens

Das Verfahren in den Gerichtszweigen ist nicht genügend überschaubar. Durch die lange Dauer der Prozesse erhält der Bürger oft erst nach Jahren Rechtsschutz. Die Vereinfachung wird auch dadurch erschwert, daß gegenwärtig verschiedene Gerichtszweige gesonderten Ministerien unterstehen.

Das Verfahrensrecht für die einzelnen Gerichtszweige orientiert sich vielfach mehr an Besonderheiten, als dies sachlich erforderlich ist.

Die CDU Berlin fordert:

— Rechtspflegeministerien einzurichten, denen alle Zweige der Gerichtsbarkeit unterstellt sind.

Sie fordert ferner zur Vereinfachung des Verfahrens als Maßnahme des Bundesgesetzgebers

— die Vereinheitlichung des Verfahrens unter Ausnahme des Strafprozesses und der Freiwilligen Gerichtsbarkeit bei Wahrung unumgänglicher Besonderheiten,

— die Erweiterung von Vorschriften, die der Verfahrensbeschleunigung dienen,

— zur Vereinfachung des Verfahrens eine sachliche Konzentration der Aufgaben der Berliner Amtsgerichte auf jeweils möglichst eines der vorhandenen Amtsgerichtsgebäude.

Die CDU Berlin fordert:

Der zukünftige Richter soll nicht Laufbahnrichter sein. Zum Richter auf Lebenszeit sollte künftig vorrangig berufen werden, wer zunächst als Staatsanwalt, Rechtsanwalt, Verwaltungs- und Wirtschaftsjurist Erfahrungen gesammelt hat. Es ist eine besondere Besoldungsordnung für Richter einzuführen.

Der Richterwahlausschuß ist durch erhöhte Beteiligung von Richtern in seiner Unabhängigkeit zu stärken.

Zur Fort- und Weiterbildung der Richter sind Einrichtungen auf Bundes- und Landesebene zu schaffen. Zur Entlastung der Richter sollen noch mehr nicht streitentscheidende Tätigkeiten auf Rechtspfleger übertragen werden.

Die Leistungsfähigkeit der Justiz ist durch Ausstattung der Gerichte mit modernen technischen und wissenschaftlichen Hilfsmitteln zu heben. Der Zugang zu juristischen Datenbanken ist zu ermöglichen.

KA über Reform des Richterwahlausschusses, 30. 5. 68

124 Der Staatsanwalt

Die an Gesetz und Recht orientierte Tätigkeit des Staatsanwalts ist die Voraussetzung einer gerechten und unabhängigen Strafrechtspflege. Gegenwärtig wird die Anklage in der Hauptverhandlung vielfach nicht von dem Staatsanwalt vertreten, der die Ermittlung führt.

Die CDU Berlin fordert:

— Weisungen dürfen die Pflicht des Staatsanwalts, nach Gesetz und Recht über die Verfolgung strafbarer Handlungen zu entscheiden, nicht beeinträchtigen. — Wer als Staatsanwalt die Ermittlungen führt, soll die Anklage möglichst auch in der Hauptverhandlung vertreten.

125 Der Rechtsanwalt

In Berlin werden Rechtsanwälte zunächst beim Landgericht, nicht aber zugleich auch beim Kammergericht zugelassen. Die Zulassung zum Notariat erfolgt erst nach zwölfjähriger Tätigkeit als Rechtsanwalt.

Die CDU Berlin fordert:

Wer als Rechtsanwalt in Berlin zugelassen wird, ist gleichzeitig für das Landgericht und das Kammergericht zuzulassen.

Rechtsanwälte sollen nach 6 Jahren das Notariat erhalten können.

Eine angemessene Alters- und Invaliditätsversorgung sowie die vorhandenen Selbsthilfewerke der Rechtsanwälte sind zu fördern.

126 Juristische Ausbildung

Gegenwärtig muß der Volljurist seine Befähigung durch die wissenschaftliche Referendarprüfung und die praktische Assessorenprüfung nachweisen. Die damit verbundene Zweigleisigkeit der Ausbildung wird bildungsökonomischen und berufspraktischen Erfordernissen nicht gerecht.

Die CDU Berlin fordert:

Die juristische Ausbildung ist unter Änderung des Richtergesetzes als kombinierte theoretisch-praktische Ausbildung (Einheitsausbildung) durchzuführen. Die der jetzigen Referendarzeit vorbehaltene praktische Seite der Ausbildung wird in die Universitätsausbildung integriert. Die Referendarzeit entfällt.

Gesetzentwurf zur juristischen Ausbildung, 25. 6. 70

Antrag über Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Juristen, 25. 6. 70

127 Strafvollzug

Der heutige Strafvollzug wird der Notwendigkeit nicht gerecht, den besserungsfähigen und besserungswilligen Verurteilten möglichst umgehend in die Rechtsgemeinschaft wieder einzugliedern. Die Methoden des Strafvollzugs sind veraltet. Sie tragen modernen sozialpädagogischen und psychotherapeutischen Erkenntnissen nicht genügend Rechnung.

Die CDU Berlin fordert:

Maßnahmen zur grundlegenden Reform des Strafvollzugs, die teilweise nur mittel- und langfristig verwirklicht werden können.

Die Resozialisierung ist durch Errichtung geschlossener, halboffener und offener Vollzugsanstalten sowie durch den Ausbau bestehender Anstalten wirksamer zu fördern.

Der Vollzug der Freiheitsstrafen ist in der Regel nach Gruppen differenziert vorzunehmen.

Erst- und Mehrfach-Bestrafte sind im Strafvollzug möglichst zu trennen.

Mit der gesetzlich vorgesehenen Einrichtung sozial-therapeutischer Anstalten ist zu beginnen. Arbeit und Freizeit der Gefangenen müssen der Erziehung zur Verantwortung und Lebensfähigkeit dienen. Das Entlohnungssystem soll schrittweise auf der Grundlage der tatsächlich erbrachten Arbeit so gestaltet werden, daß der Gefangene in der Lage ist, von seinem Lohn zu den Haftkosten, zum Unterhalt seiner Familie und zur Wiedergutmachung des angerichteten Schadens beizutragen. In die Sozialgesetzgebung ist ein Mindestmaß an sozialen Rechten für die Gefangenen aufzunehmen. Dies gilt insbesondere hinsichtlich sozialversicherungsrechtlicher Ausfallzeiten. Die sozialpädagogische Betreuung sowie die Berufs- und Erwachsenenbildung in den Anstalten sind so auszurichten, daß die Gefangenen nach ihrer Entlassung eine vollwertige Berufstätigkeit aufnehmen können. Die Wiedereingliederung des Verurteilten in das Gemeinschaftsleben nach seiner Entlassung ist durch ein bereits während der Vollstreckung einsetzendes und nach der Entlassung fortwirkendes System der Straffälligenhilfe zu gewährleisten.

Die durch die Reformen im Strafvollzug entstehende Mehrbelastung der Vollzugsbediensteten ist durch Anhebung ihrer Besoldung auszugleichen.

Die CDU Berlin hält eine Verbesserung der Sozialarbeit in der Jugendstrafanstalt und der Jugendarrestanstalt mit dem Ziel eines größeren Einflusses der Sozialarbeiter auf den Strafvollzug bei Jugendlichen für erforderlich. Hierzu gehört auch eine bessere personelle Ausstattung an den genannten Einrichtungen und ein größerer finanzieller Anreiz für diese Berufsgruppe.

128 Vertragshilfe und Rechtsantragstellen

Bei einer Vielzahl von Verträgen auf dem Gebiet des bürgerlichen Rechts ist der einzelne Bürger wirtschaftlich stärkeren Vertragspartnern ausgesetzt. Da er zudem nicht über genügend Rechtskenntnisse verfügt, hat er häufig Rechtsnachteile.

Die bei den Rechtsantragstellen tätigen Bediensteten sind überlastet. Deshalb können Rechtsuchende vielfach erst nach langem Warten ihre Anträge stellen.

Die CDU Berlin fordert:

Um den beiderseitigen Interessen besser gerecht zu werden, sind für die wichtigsten Rechtsgeschäfte des täglichen Lebens Formularvertragsmuster zu schaffen.

Die Rechtsantragstellen sind sachlich und personell besser auszustatten.